



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1914

230 (19.5.1914) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-165804](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-165804)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg. durch die Post inkl. Postaufschlag Nr. 342 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonial-Zeile 50 Pfg. Reklame-Zeile 1.20 Mk.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“
Telephon-Nummern:
Direktion und Buchhaltung 1449
Buchdruck-Abteilung 541
Redaktion 577
Expedition und Verlagsbuchhandlung 218 u. 7569

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Verlu
Schluß der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 230.

Mannheim, Dienstag, 19. Mai 1914.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfaßt 12 Seiten.

Das neue Ordensgesetz in Hessen.

Von juristischer Seite wird uns zu dem hessischen Ordensgesetzentwurf vom 5. Mai 1914 (35. Landtag, Drucksache Nr. 581) geschrieben:

Der Entwurf stellt sich dar als Novelle zum Gesetz vom 23. April 1875. Die Rechtslage soll in folgenden Beziehungen geändert werden:

1. Während das Ministerium des Innern den Orden, die sich dem Unterrichte widmen und Privatschulen besitzen, die Aufnahme neuer Mitglieder bisher nur insoweit gestatten durfte, als es zur Erhaltung der Lehrkräfte dieser Schulen nach dem Stande vom 23. April 1875 erforderlich war, kann die Aufnahme künftig insoweit gestattet werden, als es das Bedürfnis der dem Orden vorhandenen Anstalten erfordert. Die objektive Grenze wird also durch ein subjektives Ermessen ersetzt. Die Folge wird sein, daß jede Bewilligung einer Genehmigung als ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Kirche und ihrer Orden ausgelegt wird. Das Ministerium des Innern hat also künftig nur die Wahl, die Bewilligung der Schulinspektoren an den vorhandenen Anstalten schrankenlos zu genehmigen oder es steht vor fortgesetzten Konflikten, bei denen es sich in wenig günstiger Position befindet. Denn wohl zu beachten ist, daß weder die Zahl der katholischen Schullehrer dem „Bedürfnis“ zugrunde gelegt wird, auch nicht das Bedürfnis der Anstalt in ihrem jetzigen oder in einem der Zahl der Katholiken anzupassenden Umfang gemeint ist, sondern ihr „Bedürfnis“ schlechthin, selbst wenn die Anstalt sich alle möglichen Hilfsmittel angedient und eine Scheinmutteranstalt, in Wahrheit katholische Kirchen- und Klosterschule im größten Stil errichtet, in der auch evangelische Kinder von Nonnen unterrichtet werden.

2. Die Ordens-Mädchenschulen in Aßen, Birkenau und Neustadt i. O., die bisher unter Aufsicht des Gesetzes von den Kreisämtern gebildet wurden, sollen nunmehr legalisiert werden. Ob das der Weg ist, die Ultramontanen zur Achtung der Gesetze zu erziehen, ist sehr fraglich. Eher könnte man auf dieser Seite den Anreiz entnehmen, weil es diesmal überraschend geübt ist, auch dem neuen Gesetz gegenüber die

Gebuld und Sanftmut der Regierung auf weitere Proben zu stellen.

3. Dem Ministerium wird die Befugnis eingeräumt, nach Belieben neue Krankenpflege-Orden zuzulassen; die Aufnahme neuer Mitglieder kann diesen künftig vom Ministerium gestattet werden. Hier wird sogar die Bedürfnisfrage ausgeschlossen. Wenn das Zentrum diese neue Bestimmung dahin auslegt, daß die Regierung lediglich die einlaufenden Anträge zu registrieren und zu genehmigen habe, alldieweil die Kirche die Bedürfnisfrage schon gelöst hat, so wird man sich nicht zu wundern brauchen. Die Verminderung der staatlichen Rechte wird denn auch damit begründet, daß das Bedürfnismoment jeweils „erfahrungsgemäß“ bei dem Widerstreit der Auffassungen im Einzelfalle kaum festzustellen ist. Soll das heißen, daß die Regierung auf ihr zusehende Hoheitsrechte verzichtet? Eine Regierung, die auf Selbstachtung hält, kann das nicht tun; sie muß im Einzelfalle ihre eigene Auffassung entscheiden lassen; von einem „Widerstreit“ maßgebender Auffassungen kann keine Rede sein. Im übrigen liegt die Erwägung nahe: wenn hier bei den krankenspendenden Orden das „Bedürfnis“ nur als problematischer Begriff aufgefaßt wird, ob dann nicht überhaupt immer so verfahren werden wird, auch da, wo im Entwurf die Bedürfnisfrage aufgerollt wird?

4. Während bisher nur solchen Ordenorden, die sich ausschließlich der Krankenpflege widmeten, als Nebenamtliche Pflege und Unterrichts von Kindern in noch nicht schulpflichtigem Alter gestattet werden durfte, wird dies jetzt einerseits auf alle Ordenorden, die überhaupt eine Krankenpflege ausüben, einschließlich der Orden zum guten Hirten und zur ewigen Arbeit, ausgedehnt, andererseits wird ihnen auch die Leitung von Haushaltungs- und Handarbeitschulen für Mädchen in nicht mehr schulpflichtigem Alter, die Pflege und Leitung in Waisenanstalten, Armen- und Pfandnerhäusern, Rettungsanstalten, Waisen- und Säuglingsanstalten für sittlich gefährdete Personen, Arbeiterkolonien und -herbergen, Mädchenschulen, sowie die Pflege und Unterweisung gefallener Frauenpersonen gestattet werden können. Auch hier handelt es sich darum, die bisherige Bewilligung des Gesetzes nachträglich zu legalisieren. Daß in den von dem Orden zu leitenden „Haushaltungsschulen“ auch ordentlicher Unterricht erteilt wird, scheint nicht verboten zu sein.

4. Den zurzeit vorhandenen Niederlassungen von Seelsorgeorden wird die Aufnahme neuer Mitglieder bis zum Stande vom 1. Okto-

ber 1874 gestattet; das Ministerium des Innern kann ihnen im Falle des Nachweises eines dauernden, vermehrten Bedürfnisses nach Ausübung in der Seelsorge jedoch unbeschränkt die Bewilligung gestatten, auch neue Orden und neue Niederlassungen zuzulassen. Nach dem oben zu 3 erwähnten Standpunkte der Regierung hinsichtlich der Entscheidung über Bedürfnisfragen fragt es sich, ob diese Einschränkung, die auf dem Papier steht, wirklich praktische Bedeutung haben wird. Nimmt doch auch die Begründung des Entwurfs die Angaben der römisch-katholischen Behörde in Betracht. Jede Bewilligung wird also als ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten der römischen Kirche ausgenutzt werden. Da die Jurisdiktion der von der römischen Kirche abgefallenen Protestanten bekanntlich auch zu den „Bedürfnissen“ katholischer Seelsorge gehört, sind die Interessen der evangelischen Kirche bei diesem Punkte völlig schutzlos gelassen.

6. Die nach 5 zugelassenen neuen Mönche sollen zwar den Erfordernissen hinsichtlich der deutschen Staatsangehörigkeit und der wissenschaftlichen Vorbildung genügen, wie sie an die ordentlichen katholischen Geistlichen gestellt werden, aber — das Ministerium kann hiervon dispensieren. Damit werden jene Schutztafeln sehr abgeschwächt, obgleich gar kein Grund einzusehen ist, warum ein Ordensmann vor dem Welgeistlichen ein Privileg voraussetzen soll.

7. Dem Ministerium wird die Befugnis eingeräumt, an den beiden bischöflichen Anaberg-erziehungsanstalten im Bedürfnisfalle Mönche als Leiter, Lehrer und Erzieher zuzulassen, die einem Schulorden angehören; die Genehmigung soll widerruflich sein. Da diese Einschränkung nur hier gemacht ist, wird juristisch zu folgern sein, daß die künftigen im Gegenwärtigen erwiderten Genehmigungen un widerruflich sein sollen! Was das zu bedeuten hat, ist klar!

Die hessische Regierung kann sich auf das Votum der Kammer berufen, die den Zentralantrag auf Wüderung der Ordensgesetzgebung trotz starker, gegenwärtiger Stimmungen im Lande angenommen haben. Angesichts des nunmehr vorliegenden Entwurfs wird man aber hoffentlich noch einmal ernstlich überlegen, ob man diesen Schritt auf dem Verlöcherungswege in Hessen tun will. Grundständig sollte doch endlich bedacht werden, daß von einer Förderung des konfessionellen Friedens nie und nimmer die Rede sein kann. Die Zentralpresse, so „Köln. Volksztg.“, 11. Mai, spricht schon jetzt wieder sehr geringschätzend von den „Wohltaten und Erleichte-

rungen“, die wirklich „kein Uebermaß“ seien. Selbst dem „Vorwärts“ (14. Mai) ist es aufgefallen, daß das Zentrum bei der Behandlung der Ordensfrage in Hessen Provinzialität zeige. Im Landtag zeige man Dankbarkeit ob des Entgegenkommens der Regierung, draußen im Lande aber bringe man die „katholische Volkseele“ zum Kochen durch den Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Regierungsvorlage. Das erinnert an das ewig wahre Wort Treitschkes, daß der Verbündete des Ultramontanismus immer der Betrogene ist. Den Parteien, die die staatsmännische Verantwortung für die geistliche Entwicklung Hessens tragen, wird erneut die ganze Schwere der Entscheidung vor die Seele treten, wenn sie sehen, daß sie Wasser in ein Danaersfaß schöpfen. Für Zentrum und Ultramontanismus bedeuten derartige Vorlagen, wie sie die hessische Regierung vorgelegt hat, nur immer Abschlagszahlungen und Abbröckelungen; die Zurechtweisung gegen die Verlöcherung fallen wird.

Die Klösterdebatten in Preußen.

Der Schlesische Hauptverein des Evangelischen Bundes hat am 17. und 18. Mai in Hirschberg seine Jahresversammlung abgehalten. Die aus allen Teilen der Provinz Schlesiens von Abgeordneten und Mitgliedern sehr gut besucht war. Bei dieser Gelegenheit wurde folgende Kundgebung angenommen:

Das Abgeordnetenhaus hat am 28. April einen Antrag angenommen, der die Staatsregierung zur gesetzlichen Gleichstellung der Mitglieder katholischer Orden mit den Mitgliedern anderer der Krankenpflege gewidmeten Vereinigungen auffordert. Die 27. Generalversammlung des Schlesischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes in Hirschberg hat mit lebhaftem Beifall von dieser Entschliebung Kenntnis genommen.

Wenn sich katholische Mitglieder zu freien Krankenpflegevereinen nach Art der übrigen Vereine zusammenschließen, so ist die Gleichstellung selbstverständlich, aber die katholischen Orden mit ihrem Verbot der weltumspannenden katholischen Kirche, ihrem absoluten Gehorsam gegen auswärtige Oberg, ihren dauernden Gelübden sind eigenartig, von anderen verschiedene Gebilde, deren Gleichstellung mit anderen Vereinigungen eine schreiende Inparität und bedenkliche Beeinträchtigung der Staatshoheit bedeutet.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Lösung des Rätsels vom klugen Rolf?

Am Verlage von Wilhelm Braumüller (Wien-Vienna) ist soeben eine Broschüre von Dr. Gustav Sartor „Das Rätsel der denkenden Tiere“ erschienen, das sich bemüht, eine Erklärung für dieses Wunder zu geben. Wenn wir ausgangsweise den Inhalt der Broschüre bringen, so geschieht dies keineswegs, um Freunden des klugen Rolf und anderer denkenden Tiere wehe zu tun, sondern lediglich um — audiat et altera pars — den gegenwärtigen Stand der mit diesem Zweig der Psychologie sich abgehenden Wissenschaft zu notieren. Ebenfalls wollen wir damit auch keine weitere Sturmflut von Aufsätzen, die zu dem angegriffenen Thema Stellung nehmen, heraufbeschwören, wenn wir natürlich auch nach wie vor gerne bereit sind, die Spalten des Zeitschriftens für etwaige Meinungen zu öffnen.

Dr. Sartor geht zunächst von dem geheimnisvollen „Tischreden“ aus und erklärt dies — eine Aufzeichnung, die ja sehr viele Anhänger hat — dadurch, daß die Anregung zum Kopieren des Tisches aus dem Unterbewußtsein der Teilnehmer komme, welches auf diese Weise einen in ihm ohne oder fast ohne Kenntnis des Oberbewußtseins der einzelnen Personen sich abspielenden Gedankenprozess zur Kenntnis bringe. Am einfachsten liegt der Fall, wenn bloß eine einzige Person bei einem solchen Tische sitzt. Dann wissen wir bestimmt, aus welcher Unterbewußt-

sein die geklopfte Mitteilung stammt. Sagen mehrere Personen, so kommt sie ebenfalls fast immer aus dem Unterbewußtsein eines Einzelnen, gewöhnlich wohl besser, der die meiste Veranlassung für derartige automatische Verengerungen besitzt, der also mehr sensibel, vielleicht auch medial veranlagt ist. — — —

Man gibt es aber Fälle — und dies ist wichtig für den Fall Rolf — wo die Mitteilungen des Tisches, der mit Wandtafel oder automatisch Schreibenden oder in France Sprechenden Dinge enthalten, die ganz unendlich aus dem Ober- oder Unterbewußtsein der beim Tischreden Beteiligten, der automatisch Schreibenden oder Sprechenden stammen können, weil es sich nachweisen läßt, daß sie von diesen Dingen nie etwas erfahren haben könnten.

In diesem Falle sind wir gezwungen, einen neuen Faktor zur Erklärung heranzuziehen, das ist die Telepathie oder außerweltliche Gedankenübertragung von einem Individuum zum anderen.

Ein Fall aus der Praxis wird uns dies klarer machen. Racterlind berichtet in seinem Werke „La mort“ folgendes:

Eines Abends kamen in der Abtei von Saint-Baudille, wo ich meine Sommerferien vollbrachte, plötzlich frische Gäste an und unterhielten sich mit Tischreden. Ich rauchte friedlich in einer Ecke des Salons, genügend weit von dem kleinen Tisch und nahm keinerlei Interesse an dem, was von denselben vorging, indem ich ganz etwas anderes dachte. Nachdem der Tisch sich, wie üblich, hatte bitten lassen, antwortete er, daß aus ihm der Geist eines Mönches des 17. Jahrhunderts spräche, der in einer Galerie des Klo-

sters unter einem Steine begraben läge, welcher die Jahreszahl 1693 trage. Nachdem der Mönch sich verabschiedet hatte, der plötzlich ohne erkennlichen Grund sich weigerte, die begonnene Unterhaltung fortzuführen, kam uns die Idee, mit der Lampe in der Hand auf die Suche nach seinem Grabe zu gehen. Wir entdeckten schließlich am Ende einer stillen Galerie einen Grabstein in sehr schlechtem Zustande, zerbrochen, abgenutzt und verwittert, auf welchem man, wenn man ihn ganz von der Nähe untersuchte, mit Mühe folgende Aufschrift entziffern konnte: „A. D. 1693“. Nun, im Momente der Antwort des Mönches war niemand anderer im Salon als meine Gäste und ich. Keiner von den ersten kannte die Abtei; sie waren denselben Abend angekommen, einige Minuten vor dem Diner, und hatten nach dem Speise, da die Nacht vollständig hereingebrochen war, den Besuch des Klosters und der Ruinen auf den nächsten Tag verschoben. Die Enthüllungen des Tisches konnten daher, wenn man nicht an die Kokolle und Elementargeister der Theosophen glauben will, nur von mir herkommen. Ich glaube aber doch, von der Spitze dieses Grabsteins vollständig in Unkenntnis zu sein, der einer der wenigst leserlichen war unter vielleicht zwanzig anderen, alle aus dem 17. Jahrhundert, mit denen der Boden dieses Teils des Klosters bedeckt war.“

Dieses Beispiel ist nach jeder Hinsicht lehrreich, da es gewisse psychische Vorgänge beim Tischreden klar enthüllt. Mehrere Personen setzen sich zum Tisch, der durch sein Kopieren eine Tatsache enthüllt, von der die Beteiligten bewußt und unbewußt keine Idee hatten und haben konnten. In der Nähe der Sommerferien befindet sich Racterlind, der an ihrer Un-

terhaltung keinen Anteil nimmt, seine bemuteten Gedanken auf ganz etwas anderes gerichtet hat und bewußt ebenfalls nichts von dem durch den Tisch Gemeindeten weiß. Unbewußt mußte er aber darum. Er hatte früher das Kloster besucht, sein Bild war über die Grabsteine hinweggeglitten, ohne dem erwähnten Grabstein irgendeine Aufmerksamkeit zu schenken. Bewußt war also keinerlei Erinnerung von demselben in seinem Gedächtnis geblieben, wohl aber unbewußt, da das Unterbewußtsein fast niemals etwas vergißt, von dem es einmal auch nur den schembar allerflüchtigsten Eindruck bekommen hat.“

Nun haben aber außerdem zahlreiche Experimente ergeben, daß die telepathische Gedankenübertragung zum allergrößten Teil, wenn nicht ganz, eine Fähigkeit des Unterbewußtseins ist, sowohl was den Agenten (von dem die Gedanken ausgehen), als was den Rezipienten (Gedankenempfänger oder Leser) betrifft. Es werden also weniger leicht bewußte, gewollte Gedanken und Vorstellungen telepathisch übertragen, als solche, deren wir uns nicht bewußt sind, also solche des Unterbewußtseins.

Wenn auch die Wissenschaft bisher nur das Vorhandensein einer außerweltlichen Gedankenübertragung zwischen Menschen festgestellt hat, so liegt doch der Gedanke ungemein nahe, daß eine solche bis zu einem gewissen Grade auch zwischen Menschen und Tieren, zum mindesten den höheren Säugetieren, stattfinden kann. Die Gelehrte selber haben sich in ihrem anatomischen Bau und in ihrer physiologischen Funk-

Die Versammlung begrüßt deshalb die grundsätzliche Klarstellung und Ablehnung des Antrages durch den Herrn Kultusminister mit Genugtuung, aber sie erwartet auch angesichts der starken Vermehrung der Erben, die jährlich etwa 2000 Todesmitglieder in Preußen betrug, und namentlich angesichts der Ueberbevölkerung evangelischer Gebiete mit katholischen Ordensniederlassungen von den zuständigen Instanzen eine größere Zurückhaltung bei der Genehmigung neuer Niederlassungen in evangelischen Gebieten.

Regierung und Reichstag.

Die Gefahr der Reichstagsauflösung beseitigt.

□ Berlin, 19. Mai.

Zu der Meldung der Täglichen Rundschau über eine drohende Reichstagsauflösung ist noch mitzuteilen:

Die Regierung ließ gestern Abend bei dem parlamentarischen Empfang beim Finanzminister Dr. Lenge durch den Unterstaatssekretär der Reichsfinanzverwaltung Wahnschaffe und durch den Finanzminister verbreiten, daß sie fest entschlossen sei, den Reichstag anzulösen, wenn der gestern von den Sozialdemokraten angekündigte Antrag, der heute tatsächlich im Reichstage eingelaufen ist, Annahme finden würde. Durch diesen Antrag soll vorläufig für die Beamten der Landbriefträgerklasse, nachdem die Befoldungswelle gescheitert ist, eine außerordentliche Zulage von je 100 Mark im Gesamtbetrag von 2 560 000 Mark in den Etat eingestellt und mit dem Zusatz versehen werden, daß sie wegfällt, wenn dem Zeitpunkt der Erhöhung des Gehalts um mindestens 100 Mark.

Die Regierung betrachtet diesen Antrag vom etatsrechtlichen Standpunkt als unzulässig und will die radikalste Konsequenz aus der Annahme des Antrages ziehen und den Reichstag auflösen.

Zu einer solchen Auflösung dürfte es jedoch nicht kommen, da im Verlaufe des heutigen Vormittages die bürgerlichen Parteien beschlossen haben, dem Antrag nicht zuzustimmen, sobald die Gefahr der Auflösung beseitigt erscheint. Dagegen ist es bereits entschieden, daß die Session geschlossen und nicht vertagt wird.

Mit dieser Sachlage fallen eine große Anzahl unerledigter Gesetzesvorlagen unter den Tisch, darunter das Petroleummonopol und der Sonntagsruhe-Gesetzentwurf. Außerdem muß zu Beginn der nächsten Session ein neues Präsidium gewählt werden.

Der Sammlungsruf.

Ein konservatives Blatt hat bei Besprechung des Erzberger'schen Rufes zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie gemeint, ein derartiger Versuch werde solange vergebens sein, als die Nationalliberale Partei ihren gegenwärtigen Kurs beibehalte. Es ist uns ganz und gar unverständlich, wie jemand diesen Satz niederschreiben kann. Die nationalliberale Partei hat im Kampfe gegen die Sozialdemokratie seit jeher ihre Pflicht getan. Sie ist bei Stichwahlen stets für den bürgerlichen Kandidaten rückhaltlos eingetreten, andererseits hat sie es völlig vermieden, im Reichstag sogenannte Großposten zu treiben. Was will man also von der nationalliberalen Partei? Wichtig ist aber, daß sich der seit langem gewünschte und nun auch von Herrn Erzberger propagierte Sammlung bis heute erhebliche Hindernisse in den Weg stellen. Diese liegen jedoch nicht bei der Nationalliberalen Partei; sondern gerade bei denen, die so laut nach Sammlung rufen.

tion wohl dem Grade, aber nicht dem Wesen nach verschieden, so daß hier kein wesentliches Hindernis obwalten dürfte, um so mehr, als beim Tiere das Bewußtsein wohl höchstwahrscheinlich dem Wesen nach dem menschlichen Unterbewußtsein ähnlich sein dürfte als dem Oberbewußtsein, das erstere also zu einem ebenso geeigneten Agenten wie Perzipienten macht. Daß Tiere von Menschen sich gedanklich beeinflussen lassen, oder daß zum mindesten dieser Vorgang sehr wahrscheinlich ist, war Tierkennern, Hunde- und Pferdebesitzern schon lange geläufig. Der amerikanische Psychologe Hudson berichtet von einem Reitpferde, das durch den bloßen Willen zu lenken war, und das Geheimnis mancher Pferdehändler, wie ein solcher vor Jahren im Circus Barnum auftrat der die stärksten, vom Publikum mitgebrachten Pferde ohne Anwendung von Gewaltmaßregeln sofort zur Reithaus brachte, scheint auch bloß in einer gedanklichen Beeinflussung der Tiere zu bestehen.

Für den Beweis einer bestehenden Telepathie von Tieren zu Menschen führt Dr. Porter einige Beispiele an — die ja auch den Lesern im Grunde bekannt sein dürften — bei denen es sich um gewisse Träume und Visionen von dem plötzlichen Tod des Tieres etc. handelt. Natürlich sind die Beobachtungen, welche beweisen, daß es eine telepathische Einwirkung vom Tier auf den Menschen gibt, naturgemäß vorläufig in der Mehrzahl gegenüber den Beobachtungen umgekehrter Art. Die letzteren drängen sich demnach, der sie gemacht hat, von selbst als höchst sonderbar und erwähnens-

Wert auf, während man den umgekehrten Beobachtungen, wo sich gedankliche Fernwirkungen vom Menschen auf das Tier zeigen, bis jetzt keinerlei Beachtung geschenkt hat, da ja fast niemand daran denkt, daß dergleichen möglich ist. Auch berichtet das Tier ja nicht seine Erlebnisse wie der Mensch. Wenn es eine gedankliche Fernwirkung vom Tier auf den Menschen gibt, dann dürfte wohl auch mit Sicherheit das Umgekehrte der Fall sein.

Der Lehrer nun, der Tiere zu der genügend bekannten Methode der Klopfarbeit abrichtet, ist bei dieser Arbeit gedanklich mit beiden seinen Bewußtseinsphären tätig. Er wünscht und befehlt nicht nur dem Pferd, daß das Pferd oder der Hund so und so oft treten solle, er wünscht oder befiehlt es auch unbewußt, das heißt, wie er bewußt etwa bei irgendeiner zu lösenden Aufgabe denkt: „Tritt links, links, rechts, rechts!“ so denkt er auch unbewußt dasselbe. Die Tiere empfangen bei ihrem Unterrichte also neben den sinnlich wahrnehmbaren Dingen, bei denen hauptsächlich das Oberbewußtsein ihres Lehrers in Tätigkeit ist, auch noch gedankliche Impulse psychoneurogenetischer Art vom Unterrichtsgegenstand ihres Lehrers zugesandt, die sie als gute Empfänger bei der weitaus vorherrschenden Rolle, welche bei ihnen das Unterbewußtsein spielt, sehr bald zu registrieren

*) Ich will damit nur gesagt haben, daß der Charakter des tierischen Bewußtseins in seiner großen Bekanntheit mehr dem des menschlichen Unterbewußtseins gleicht, wenn wir in denselben den eigentlichen Instinkt, impulsiver Triebe etc. erkennen. Im

lichen Zustände, die, wenn sie auch unblutig verläufe, an einschneidender Wirkung einer gewalttätigen Umwälzung nicht nachstehen würde; bedeutet die Unterwerfung des Staates nicht bloß für den Augenblick, sondern, da es sich um die Erziehung der Jugend handelt, für Generationen hinaus. Und mit einem derartigen gegen den Staat gerichteten Programm in der einen Hand will Herr Erzberger in der anderen die Fahne erheben, um die sich die bürgerlichen Parteien zum Schutze des Staates scharen sollen?

Wenn es dem Zentrum also wirklich um eine Sammlung des Bürgertums gegen die Umstürzlerpartei zu tun ist, dann wird es erst bei sich selbst anfangen müssen, ehe es andere belehren will. Und die Konservativen? Es kann doch nicht bestritten werden, daß eine Sammlung gegen die Sozialdemokratie ohne gleichzeitiges Zusammenarbeiten in den wichtigsten Fragen unseres politischen Lebens ein bloßes Schlagwort ist, dem jeglicher Inhalt fehlt. Zu diesem Zusammenarbeiten zeigen aber gerade die Konservativen am wenigsten Lust; zum Beweis brauchen wir bloß auf ihr Verhalten in der preussischen Wahlrechtsfrage verwiesen. Auch wir halten eine Bekämpfung der Sozialdemokratie durch das gesammelte Bürgertum für notwendig. Wenn aber diese Sammlung auf sich warten läßt, bzw. wenn sie nicht die erwarteten Erfolge aufweist, dann mögen Zentrum und Konservativen die Schul nicht bei den andern suchen.

*) Ich will damit nur gesagt haben, daß der Charakter des tierischen Bewußtseins in seiner großen Bekanntheit mehr dem des menschlichen Unterbewußtseins gleicht, wenn wir in denselben den eigentlichen Instinkt, impulsiver Triebe etc. erkennen. Im

Der Erzberger hat in seinem Artikel im „Tag“ in recht dicken Strichen die sozialdemokratische Gesinnung geschildert. Wir wollen Vergangenes vergangen sein lassen und nicht mehr an die Zeiten erinnern, da die Freunde des Herrn Erzberger mit dieser gefährlichen Partei in recht innigen Bünden standen und ihr zu recht zahlreichen Mandaten verholfen haben. Halten wir uns an die Gegenwart. Da sehen wir in den wichtigsten nationalen Fragen das Zentrum an der Seite der Sozialdemokratie. Beide zusammen bekämpfen unsere Ostmarkenpolitik und schädigen die dort tätigen Beamten aufs empfindlichste; beide zusammen streichen wichtige und allgemein als unentbehrlich erkannte Forderungen im Heeresetat. Durch nichts kann das Machtbewußtsein der Sozialdemokratie mehr gestärkt werden, als durch dieses Verhalten des Zentrums, als durch dieses Verhalten des Zentrums. Durch nichts wird auch die Klust zwischen dem Zentrum und den übrigen bürgerlichen Parteien so sehr aufgedeckt, als durch dieses Versagen in nationalen Fragen.

Aber auch auf anderen Gebieten arbeitet die Zentrumspolitik einer bürgerlichen Sammlung direkt entgegen. In der „Königsberger Allgem. Zeitung“ wird Herrn Erzberger mit Recht vorgehalten, daß es sich bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie in erster Reihe um Sicherung, Stärkung und Stärkung des Staates handelt.

Wogegen richten sich aber, so wird in dem genannten Blatte weiter ausgeführt, die neuen Vorstöße des Zentrums im preussischen Abgeordnetenhaus? Eben gegen den Staat, seine Stärke und Machtstellung. Von der Regierung, die mit dem Zentrum heutigen Tages gewiß doch säuberlich umgeht, wie von allen Parteien mit Ausnahme der Konservativen haben die Herren Porsch und Genossen sich sagen lassen müssen, daß ihr Antrag auf Beseitigung des staatlichen Genehmigungs- und Aufsichtrechts über katholische Orden und ordensähnliche Kongregationen zu Frieden der Krankenpflege unverträglich ist mit der geschichtlich gewordenen, der begrifflich gegebenen und der praktisch unumgänglich notwendigen Stellung des Staates; und selbst die Konservativen, die bedauerlicherweise in diesem Punkte dem Zentrum beisprangen, haben trotz aller Herzenzueigung und trotz der oft betonten gemeinsamen christlichen Weltanschauung ihren die Heeresfolge versagt, als der literale Schulantrag zur Verhandlung kam. Die unerkümmelte Proklamierung des selbständigen Rechts auf die Schule ist von der Nationalliberalen Partei durchaus zutreffend mit einem ebenso unabweislichen Befehnis zu dem uneingeschränkten Schulhoheitsrecht des Staates, vielleicht dem kostbarsten Erbe der fridericianischen Zeit, beantwortet worden; ihr traten alle Parteien von irgendwelchem Belang bei. Nachdem nunmehr durch das Referat der von dem streitbaren Zentrumskoordinatoren Marx geleiteten „Christlichen Schulorganisation“ auch im einzelnen volles Licht über die ultramontanen Schulforderungen verbreitet worden ist, kann über die Natur und Tragweite solcher Bestrebungen ein Zweifel nicht mehr bestehen. Sie laufen klipp und klar darauf hinaus, die Schule dem Staate zu entwinden und der Kirche auszuliefern; ja sie statuieren nicht einmal mehr bloß eine gleichberechtigte Mitwirkung der Kirche an der Leitung des Unterrichts — von einer Beschränkung auf den Religionsunterricht ist längst nicht mehr die Rede —, sondern geben dem Forer eine schlechthin übergeordnete, führende und entscheidende Position. Das bedeutet also die Schwächung, oder besser gesagt, die Eliminierung des Staates auf einem seiner wesentlichsten Hoheitsgebiete; bedeutet eine Revolution aller staat-

Politische Uebersicht.

Mannheim, 19. Mai.

Zur Vorbereitung der Handelsverträge.

Der Handelspolitische Ausschuss des Bundes der Industriellen trat am 16. Mai in Erfurt zu einer Sitzung zusammen, in welcher der Direktor der Handelspolitischen Abteilung im Reichsamt des Innern, Geheimrat Rat Müller, zugegen war. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Fabrikbesitzer und Landtagsabgeordneter Claus berichtete über die Schritte, welche der Bund der Industriellen bei der Reichsregierung für die von ihm erstrebte Umgestaltung des Wirtschaftlichen Ausschusses getan hat. Auf Grund eines Referates, das der Geschäftsführer des Bundes der Industriellen, Dr. R. Schneider, Berlin, über die handelspolitische Lage erstattete, fand eine eingehende Aussprache über die allgemeinen Richtlinien für die Vorbereitung der künftigen Handelsverträge statt. Der Handelspolitische Ausschuss beschloß einstimmig folgende Leitsätze:

1. Irrendwelsche Minimal- und Maximalzölle sind weder für landwirtschaftliche noch für industrielle Erzeugnisse neu einzuführen. Schon die bisherigen Mindestzölle bedeuten eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft und erschweren wesentlich die Erlangung von ausländischen Zugeständnissen zugunsten der Industrie.
2. Eine Erhöhung der heute geltenden Zollsätze für Getreide und Lebensmittel ist ebenso abzulehnen, wie die Einführung neuer Zollsätze auf bisher zollfreie Lebensmittel. Wenn für die Erlangung günstiger Handelsverträge oder für die Abänderung von Zollmaßnahmen des Auslandes deutscherseits Kompensationen sich erforderlich machen, so muß gleichmäßige Behandlung für Landwirtschaft und Industrie eintreten.
3. Die Fertigungsindustrie, insbesondere die Eisen verarbeitende Industrie, hält ihre Stellung in dieser Beziehung für solidarisches mit derjenigen der Roh- und Halbzugsindustrie, insbesondere der Glasindustrie. Sie hält es deshalb für notwendig, daß die Roh- und Halbzugsindustrie mit der Fertigungsindustrie geschlossen gegen die Zoll- und handelspolitischen Ansprüche des Bundes der Landwirte auftritt. — Gegenstände innerhalb der Roh- und Halbzugsindustrie ein-

ansetzen. Dies um so eher, als es sich im ganzen ja nur um zwei verschiedene Auseinander zu haltende Typen von telepathischen Einwirkungen auf ihr Gehirn oder Denkvorgänge handelt. Das Tier begreift bei dem ewig gleichen Einerlei dieser Klopferlei ziemlich bald, daß es bei der einen Art von gedanklichem Eindrucke links, bei der anderen rechts mit dem Fuße aufschlagen muß. Schließlich lernt es, alle sinnlich wahrnehmbaren Hilfen von Seiten des Lehrers oder der mit ihm arbeitenden Person entbehren und richtet sich nur noch nach dem telepathischen Eindrucke. Das Tier ist einfach für zwei Begriffe genau so gedankenlos geworden, wie das vom Psychologen Hudson erwähnte Pferd, das auch aus den bloßen Gedanken des Reiters schon erriet, ob es rechts oder links gehen sollte. Die Worte „links“ oder „rechts“, die es vom Lehrer gesprochen, bei seiner Abrichtung anfangs sinnlich mit den Ohren gehört hat, die hört es jetzt, wo der Lehrer äußerlich schweigt, innerlich gleichsam mit seelischen Ohren.

Mehr als das Vorerwähnte, nämlich menschlichen Oberbewußtsein solchen Hemmungen vorhanden zu sein, welche das Bewußtwerden telepathischer Eindrücke verhindern, was man schon daraus entnehmen kann, daß solche sehr nur bei schlummerndem oder wenig aktivem Oberbewußtsein eintreten (Schlaf, Traum, Jenseits etc.). Auch treten solche Übertragungen bei minder gebildeten Menschen, bei Kindern, Idioten, Irren, bei Angehörigen niedrig stehender wilder Völkerschaften häufiger auf, als bei Menschen mit hochentwickeltem Oberbewußtsein. Ich verweise nun per analogiam, daß diese Hemmungen auch beim Tiere geringer sind.

seits und der Fertigungsindustrie andererseits über das Maß ihres inländischen Zollschutzes können innerhalb der Industrie ausgeglichen werden.

Hierauf berichteten die Herren Handelskammerpräsident Dr. Dietrich-Blauen und Dr. Groß-Offenbach über die Geschäftsordnung und den Arbeitsplan für die Unterkommissionen, welchen der Handelspolitische Ausschuss des Bundes der Industriellen für die einzelnen Geschäftszweige die Vorarbeiten für die künftigen Handelsverträge überträgt. Mit bemerkenswerter Einstimmigkeit kam in der Aussprache von den Vertretern der verschiedenen Industriezweige der Gedanke zum Ausdruck, daß die Industrie den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bei der Vorbereitung neuer Handelsverträge nicht in der Hervorbringung zahlloser Wünsche nach weiteren deutschen Zollserhöhungen sehen möge, sondern daß sie vor allem ihre Wünsche und Vorbereitungen auf die günstigere Gestaltung der Tarifverträge mit den ausländischen Staaten richten solle. Es wurden alsdann Beschlüsse über die Zusammenfassung der Unterkommissionen gefaßt.

Gesangswettbewerb und Jubelfest.

□ Leutershausen (N. Weinh.), 17. Mai.

Der Gesangverein „Eintracht“ Leutershausen beging heute sein 50jähr. Stiftungsfest verbunden mit Gesangswettbewerb. Am Vorabend des Festes wurde unter Teilnahme sämtlicher hiesiger Vereine ein Sammlungsunternehmen, worauf im „goldenen Saal“ ein Festbankett stattfand. Bei diesem hielt der erste Vorsitzende des Jubelvereins, Landwirt R. Leininger, die Begrüßungsansprache, die in ein Hoch auf Großherzog Friedrich II. ausklang. Altbürgermeister Körber brachte ein Hoch auf den Gesangverein „Eintracht“ aus. Geschäftsführer Ludwig Bod nahm die Erbringung von 6 aktiven Sängern für langjährige Mitgliedschaft vor, und zwar erhielten je ein Diplom R. Leininger, G. Kahlle, M. Edelmann, R. Wolf, Fr. Kraft und A. Kasper. Gesangsvorträge des Männerchors der „Eintracht“ unter ihrem Dirigenten, Herrn Hauptlehrer Gerald-Mittewer sowie Konzert der hiesigen Musikkapelle verschönten den Bankettverlauf.

Deute Vormittag von 9 Uhr ab fand im Saale des Gasthauses „zur Rose“ der Wettkampf statt, an welchem sich in der Abteilung A (Landvereine) in 3 Klassen 19 Vereine und in der Abteilung B (Stadtvereine) 3 Vereine beteiligten. Das Preisgericht wurde von dem Seminarlehrer Antonie Heibelberg, Braut-Ratsherr u. Musikdirektor Fr. Leuz-Mannheim ausgeübt. Der Wettbewerb war ein sehr heiser und namentlich berührte es angenehm, daß auch in der Klasse der Landvereine mit bis zu 25 Sängern überraschend gute Leistungen geboten wurden. Neben einem selbstgewählten Chor hatte jeder Vereine einen Pflichtchor zu singen. In der ersten Klasse der Abteilung für Stadtvereine (über 45 Sänger) fand die „Kreuzschiff“-Handschriftwettbewerb ohne Wettbewerber. Infolge dessen wurde für diesen Verein laut Beschluß der Delegiertenversammlung vom Preisgericht eine bestimmte Punktzahl festgesetzt, und zwar mit der Maßgabe, daß der Verein, wenn er die festgesetzte Punktzahl nicht erreicht, keinen Preis erhält. Der Festball war mit Jubelrennen bis auf das letzte Plätzen besetzt. Unter den Jubelrennen bemerkte man u. a. den Vorsitzenden des Walzgang-Sängerbundes, Herrn Hauptlehrer Stein-Mannheim, sowie den Landtagsabgeordneten Valentin Müller-Heilsbrunn. Das Wettrennen erreichte um 1/2 Uhr seinen Abschluß.

Nachmittags fand ein Festzug mit imposanter Teilnahme und anschließend daran auf dem Festplatz der eigentliche Festball statt, wobei nach einem Begrüßungsliede des festgebenden Vereins Herr Barrer Treusch von hier die Festrede hielt, die in ein Hoch auf das deutsche Lied ausklang. Den vier noch lebenden Mitbegründern des Vereins Rtl. Bedenbach, Landwirt Friedrich Schütz I, Landwirt Adam Schütz von hier und Oberlehrer Reinhardt-Großhachen wurde je ein Diplom überreicht. Nach Uebergabe der von den Jungfrauen ge-

lief den aus dem Unbewußten der mit ihnen arbeitenden Personen stammenden Befehl, „links“ oder „rechts“, gedankenlos aufzuspringen und danach zu handeln, brauchen die Pferde und Hunde nicht zu lernen, um als „denkende Tiere“ ausgebildet zu sein, denn bei ihrer Klopferrede, mit der sie sowohl Biffen als Buchstaben ausdrücken, kommt es wohl einzig und allein darauf an, ob sie richtig oft rechts oder links den Fuß hochheben. Von den Kopfbewegungen, welche die Pferde für „Null“ oder „Rein“ machen, können wir vollständig absehen. Für sie gilt die gleiche Erklärung.

Während der Lehrer also glaubt, daß die Tiere endlich ihre Aufgabe begriffen haben, daß sie Biffen und Buchstaben durch ihr Klopfer ausdrücken können, haben diese in Wahrheit ganz etwas anderes erlernt. Alles, was sie gelernt haben, bezieht sich auf den unbewußten Gedankeninhalt der mit ihnen arbeitenden Person, ohne dabei die mindeste Idee von ihm zu haben, da sie ja bloß den telepathisch empfundenen Anweisungen, „links“ oder „rechts“, folgen, durch ihr Klopfer ausdrücken. Es findet in Wirklichkeit also hierbei der gleiche Vorgang statt wie bei dem von Maeterlinck berichteten Beispiel, wo der Fisch ebenfalls die telepathisch einem Ziger übermittelten unbewußten Gedanken des sichtbar unbeteiligten Diäters abklopft.

Eine neue Handschrift des Theophrast entdeckt.

Aus London wird berichtet: Dem bekannten englischen Archäologen Rosina Johnson,

mit einer Dame von Heidelberg mit einem Schnellzug, ohne den Zutritt zu haben. Als ihn der Speisebeamte hierüber anhielt, wurde er beleidigend. Auf dem Bahnhofsplatze beleidigte er auch den Sekretär und als der Schuhmannsposten gegen ihn einschritt, leistete er diesem erheblichen Widerstand. Und das alles, weil er sich weigerte, 6 Mark als Strafe für die Nichtlösung eines Auftrages zu zahlen. Die Rechnung, die ihn nun das Gericht präsentiert, wird ziemlich gefolgt: 10 Mark wegen Betrugsversuchs, 25 Mark wegen Widerstands, 20 Mark wegen Beleidigung des Sekretärs, 15 Mark wegen Beleidigung des Schaffners, dazu kommen noch die Gerichts- und Anwaltskosten.

Vom Schöffengericht. Ganz erhebliche Diebstähle beging der Hausbursche Friedrich Häfnermann, als er bei der Firma Zaf. Klopfer hier bedienstet war. Von Anfang Februar 1913 an entwendete er der Firma nach und nach Kleid- und Wollwaren im Werte von 600 Mark, u. a. 8 Paar Socken, 80 Hemden, 30 Paar Unterhosen, ohne daß die Firma die Diebstähle wahrgenommen hätte. Eine Hausdurchsuchung bei der Mutter des Diebes, die bei der Firma nahm u. S. S. Schutz entwendet hatte, führte zur Entdeckung auch dieses Diebstahls durch den Sohn. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten. — Schnell abwärts ging es mit dem Buchdruckermeister Karl Fiedel von hier, der sich vor dem Schöffengericht wegen Betrugs zu verantworten hatte. Im Jahre 1911 erhielt der Geschäftsführer Löwenich seinen Gehalt mehr und Regel überschrieb ihm dafür das Geschäft als Eigentum. Der Wert des Geschäfts war noch auf 2000 Mark bemessen. Tatsächlich war aber das ganze Inventar bereits verpfändet und es lag eine abschließende Liquidation des Löwenich durch Regel vor. Er wurde hierdurch um den Betrag von 1000 Mark geschädigt. Auch darlehensweise hatte er ihm ausgeholfen. Aus dem Kontofte vermachte er indessen nur 500 Mark dem Doretien zu retten. Das Schöffengericht sprach gegen Regel eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen aus.

Stuttpart, 18. Mai. Die gestern vom Schöffengericht verhängte Strafe von einem Jahr Gefängnis für den früheren Profiten des zusammengebrochenen Bauhauses Dr. H. H. H. wird ziemlich allgemein als eine recht empfindliche bezeichnet, da H. H. H. doch nur das abhängige Werkzeug des durch Selbstmord geadelten Bankiers H. H. H. war und wie die Verhandlung ergab, keinerlei persönlichen Vorteil aus den Debitorenliquidationen gezogen hat.

Leipzig, 18. Mai. Wegen verübten Mordbetruges ist vom Landgericht Rannheim am 18. Januar der Kommann Gustav Mittel zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Eheleute H. wollten ihr Grundstück verkaufen, es aber vorher neu herrichten lassen. Da sie hierzu 1000 Mark brauchten und sich diesen Betrag leihen wollten, wandten sie sich an den Angeklagten. Dieser ließ sich zunächst 75 Bsp. zahlen, um Auskünfte über die Grundstückssachen einzuziehen. Obwohl er die Auskünfte erhalten haben will, daß die Eheleute nicht zahlungsfähig seien, hat er sich doch in dem Glauben gelassen, daß er verfuhr, für sie Geld zu beschaffen, und erst 6. dem wenigstens 2 Mark für seine Bemühungen verlangt. Er hat aber nichts erhalten. Seine Revision gegen das erstinständige Urteil wurde heute vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 77. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 19. Mai.

Präsident Kobrburg eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr. Am Regierungstisch: Staatsminister von Dusch, Minister von Bodman und Ministerialkommissare.

Nach Bekanntgabe der Eingänge wird in die Tagesordnung eingetreten:

Die Verhältniswahl.

Abg. Koch (natl.) berichtet über die Anträge Reimann (natl.) und Gen. Benedy (F. B.) und Wencken auf Einführung der Verhältniswahl zum Landtag. Redner gibt zunächst in kurzer übersichtlicher Weise den Inhalt der Denkschrift

wieder und dann ein kurzes Bild aus den Kommissionsverhandlungen. Das Zentrum habe, entgegen seiner Abstimmung auf dem Landtag 1912, Bedenken gegen die Verhältniswahl vorgebracht und besonders die Benachteiligung des Landes gegenüber den Städten vorgeheben. Es habe Gegenanträge gestellt, nämlich die Städte zu einem gesonderten Wahlkreis herauszunehmen und zwei Wahlkreise oberhalb und unterhalb der Murg für das übrige Land zu bilden. Die Kommission sei auf die Anträge des Zentrums eingegangen, um überhaupt etwas zu erreichen für die Verhältniswahl. Der Berichterstatter habe in der Kommission die Quintessenz der Anträge Reimann, Benedy und des Zentrums dahin formuliert, daß drei Wahlkreise nach dem Vorschlag des Zentrums gebildet werden, daß die Vorschlagslisten nicht vollständig zu sein brauchen, daß die Wahl nach der einmütigen Zustimmung erfolgen solle und daß nur Personen gewählt werden dürfen, die auf einer der Vorschlagslisten stehen. Diese Anträge sind in der Kommission angenommen worden und stehen nun zur Debatte. (Beifall.)

Abg. Dr. Günner (F. B.) begründet den Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei und polemisiert gegen das Zentrum, das in der Verhältniswahlfrage umgefallen sei, nachdem noch Wader im Jahre 1899 in der begeisterten Weise die Verhältniswahl gefordert und begründet habe. Die Fortschrittliche Volkspartei trete den Ergebnissen der Kommissionsberatung trotz mancher Bedenken bei, um etwas zu erreichen.

Abg. Koch (natl.) begründet nun den Standpunkt der nationalliberalen Partei für die Verhältniswahl und wendet sich in lebhafter Weise gegen die vorgebrachten Bedenken. Darunter sei die „offizielle Anerkennung der Parteien“ vorgebracht worden. Das bedeute gewissermaßen eine Aufspaltung der Parteien, unbegründeter Weise. Die Parteien sind nun einmal da und sie haben ihre Berechtigung. Es wurde gesagt, daß tüchtige Männer, die nicht bei einer Partei seien, bei der Verhältniswahl nicht auskämen. Wo sind denn diese Männer heute? Kommen sie heute auf? Wer eine geschlossene Weltanschauung habe, der komme von selbst zu einer Partei und wenn er tüchtig sei, komme er in der Partei und im öffentlichen Leben auf. Es wurde geredet von einer Verschlechterung in Parteiverbänden. Diese Verschlechterung habe sich schon bei der Gemeindevahl als unbegründet erwiesen und werde es noch vielmehr bei politischen Wahlen, wo große Wahlziffern und starke Organisationen den Ausschlag geben. Im übrigen enthalte ja das Dagenbuch die Bischoffsche System die Abwehr der beschränkten Gefahren. Zudem schließe es sich enge an die bisherigen Wahlen durch die einmütige Stimmung, und verläste auch die Lösung des Abgeordneten zum Bezirke. Durch die Annahme der Städte zu einem besonderen Wahlkreis sei das Interesse des flachen Landes gewahrt. Der Proporz verhalte auch die Wahlbindnisse und da die Regierung diese verabscheue, so sollte sie umwieder die Verhältniswahl annehmen. Redner bepricht des weiteren die Nachteile der Mehrheitswahl und sehr noch einmal die Vorteile der Verhältniswahl im einzelnen auseinander. Beim der Landtag ein Spiegelbild der Strömung im Lande sein solle, so müssen auch die Widerheiten zur Vertretung gelangen. Das werde auch das Interesse der Wähler an der Wahl und am öffentlichen Leben fester werden lassen, was nur im Interesse des Staates sein könne. Die Denkschrift der Regierung habe neue Bedenken, die sich etwa seit der einstimmigen Annahme im Landtag 1911 auf 1912 ergeben haben könnten, nicht vorgebracht. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister Freiherr v. Dusch legt die Stellung der Regierung dar. Der Standpunkt der Regierung ist nicht etwa ein neuer. Schon im Jahre 1911 hat der Minister des Innern die Gründe dargelegt, die bei der Regierung gegen die Einführung der Verhältniswahl sprechen. Es ist der Regierung nun der Vorwurf gemacht worden, daß die Regierung mit ihrer heutigen Stellung umgefallen sei, und zwar gegenüber dem Ausgang der letzten Wahlen. Demgegenüber muß ich nun erklären, daß die Denkschrift der Regierung in ihrem letzten Teil, und damit in ihrem wichtigsten Teil aufgrund einer ein-

gehenden Beratung im Staatsministerium schon vor den Wahlen festgelegt war. Am 29. Oktober v. J., also am Tage vor der Hauptwahl, fand diese entscheidende Staatsministerkonferenz statt. Der Staatsminister äußert sodann Bedenken gegen die Konstruktion der Wählerlisten und betont dann, daß die Regierung keinen Sprung ins Dunkle tun wolle, da die Verhältniswahl noch nirgends eingeführt worden ist. Ein entscheidender Grund zu einer Änderung der Verfassung liegt nicht vor und deshalb muß es die Regierung ablehnen, Ihnen eine entsprechende Vorlage zu machen.

Abg. Dr. Schöfer (Fr.) hatte sich die Aufgabe gestellt, den Umfall des Zentrums zu begründen. Der Proporz würde die politischen Gedanken durch die Interessengruppen totschlagen. Wahlbindnisse würden nach wie vor nicht unmöglich sein. Die Erfahrungen in Württemberg sprechen gegen den Proporz; wenn man sich in Württemberg mit diesem System blamiert habe, so sei das für uns in Baden kein Grund das nachzumachen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Kolb (Soz.): Das gegenwärtige System ist unhaltbar; der Wahlkampf wird in einer Weise geführt, daß das auf die Dauer so nicht weitergehen kann. Der Proporz gibt jeder Partei Gelegenheit, ihren Standpunkt frei und offen zu vertreten. Auch auf das Niveau der Kammerverhandlungen wird der Proporz Einfluß haben. Der Einwand der Fr. Regierung, es würden sich zu viele Interessengruppen bilden, ist nicht maßgebend; das haben wir nicht zu befürchten. In dem Zeitpunkt, an dem die Regierung die Proporzfrage lösen will, sitzen genug andere Männer auf der Regierungsbank. Und diese Männer werden dem Zentrum nahe stehen und gar nicht mehr an den Proporz denken. Sie (zum Zentrum) wollen den Städteproporz, weil Sie sich davon einen Vorteil versprechen und den Landesproporz lehnen Sie ab, weil er Ihnen Nachteil bringen könnte. Ihre Wähler sind so besorgt, daß sie eine solche Veränderung in der Anschauung ruhig hinnehmen. Ihre Wähler können nicht einmal selbständig denken. (Lache des Präsidenten.)

Abg. Reimann (natl.) wendet sich mit treffenden Worten gegen den Abg. Schöfer, der im Schweige seines Angesichts sich abgemüht habe, den Umfall des Zentrums zu begründen. Herr Schöfer habe von der Lösung der Bezirke von den Abgeordneten gesprochen. Sage aber, die Verfassung nicht, daß der Abgeordnete der Vertreter des ganzen Landes sein solle? Das stimme doch mit dem Proporz überein und habe nicht das Zentrum noch bei den letzten Wahlen in einzelnen Bezirken Kandidaten aufgestellt, die diesem ganz fremd waren? Und jetzt diese Redensarten über den Proporz! Herr Schöfer befrachte eine Verfassung der Parteien durch den Proporz. Ausgerechnet Herr Schöfer! Der es so vorzüglich versteht, die Volksseele zum Kochen zu bringen! Können er denn sein Temperament noch mehr reizen? Herr Schöfer habe eine Vermählung der Parteien befürchtet, er (Redner) befürchte das nicht für die Nationalliberale Partei; wenn eine solche Vermählung des Zentrums erfolge, so habe er nichts dagegen. (Beifall.) Herr Schöfer habe von Interessengruppen gesprochen; auch die Regierung. Demgegenüber sei festzustellen, daß die parteilosen Leute von Tag zu Tag an Zahl abnehmen und in den Gemeinden sei der Kampf zwischen Interessengruppen und politischen Gruppen entschieden im ganzen Land zu Gunsten der politischen Gruppen.

Minister Freiherr von Bodman: Die Staatsregierung muß die Freiheit der Wähler wahren. Mit dem Proporz werden die Parteien zu offiziellen Faktoren des öffentlichen Lebens. Unter den jetzigen Verhältnissen werden sie das nicht. Eingehend verbreitet sich der Minister über die einmütige Stimmung. Daß die Verhältniswahl eine so große Forderung der Gerechtigkeit sei, kann ich nicht zugeben. Wichtig ist, daß die Wahlkommen und das Stichwahlsystem ihre großen Bedenken haben. Es ist ein Sprung ins Dunkle. Diesen Worten der Denkschrift haben nicht nur die rechts stehenden Parteien zugestimmt, sondern auch die links-

hat Rosenbusch an der Auguste-Carola gewirkt und seine enorme Schaffenskraft und Arbeitsfreudigkeit, seine kritische Schärfe und nicht zum mindesten seine wunderbaren pädagogischen Talente in den Dienst mineralogischer und petrographischer Wissenschaft gestellt. Vor allem waren es die verschiedenen Vorträge über Gesteine, in denen er von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer höher stieg und der Zeit weit vorausstellend schließlich unbeschritten an die Spitze aller Dozenten der Petrographie gelangte. Der Same, der hier im Kreise seiner Schüler ausgeht wurde, verbreitete sich durch die Welt, besonders aber auch durch seine großartig angelegte, in vier Auflagen erschienene Petrographische Petrographie der Mineralien und Gesteine über alle Welt, so daß nun denutzunge nirgends von Petrographie reden kann, ohne deshalb seinen Namen zu nennen. Der Verfasser hat diesen Erinnerungen manche interessante Einzelheiten aus dem nicht gewöhnlichen Entwicklungsgang des Verstorbenen eingefügt, begann doch Rosenbusch sein akademisches Studium mit Philologie und Theologie, um erst gegen das 20. Lebensjahr hin zur Geologie und ihren Teilwissenschaften überzugehen. Der Verfasser schließt seine Erinnerungen mit einer Schilderung Rosenbuschs als Mensch und betont besonders die Einheitslichkeit seines Charakters. Die biographische Skizze ist mit einem lebensgetreuen Bild des Verstorbenen und mit einer Abbildung seines ersten, aus dem Jahre 1870 stammenden Polarisationsmikroskops geschmückt.

5. Von Herrn V. Koenigsberger „Über den Abelschen Fundamentalsatz der Integralrechnung“.

6. Von Herrn A. Hill eine Arbeit des Herrn Professor C. Ranke „Zur Theorie mehrdimensionaler Differenzrechnung“ und „Zur Theorie der Integration unter normalen und pathologischen Bedingungen“.

7. Von Herrn G. A. Wäfling und V. Oppenheimer eine Arbeit „Zur Untersuchung“

stehenden Parteien haben es bis zu einem gewissen Grade getan, oder doch die Berechtigung des Ausspruches der Denkschrift zugegeben. Ein Sprung ins Dunkle ist es, weil wir nicht wissen, wie die Politik wird. Da darf man wohl annehmen, daß die Verhältniswahl doch vor allem zunächst zu Gunsten der Sozialdemokratie ausfallen wird. Die Sozialdemokratie hat die Verhältniswahl auf ihrem Parteiprogramm. Vom Standpunkt einer monarchischen Regierung halte ich es nicht für richtig, daß man einen Einfluß auf Vertretung nach der Zahl auch für die Sozialdemokratie gesetzlich festlegt. Die Sozialdemokratie hat einen Teil ihrer Siege aus eigener Kraft, einen anderen Teil verdankt sie dem Wahlbündnisse. Diesen Teil würde sie einer gesetzlich festgelegten Einrichtung verdanken, wenn der Proporz käme. Auch ich war ein Freund des Proporz, ich bin durch die Auslegung und das Studium der Denkschrift, an der ich selbst mitgearbeitet habe, zu der Ueberzeugung gelangt, daß wir bis jetzt keinen Weg gefunden haben, der das Ideal, welches wir mit dem Proporz erreichen wollen, verwirklicht. Ich sehe die schwach besetzten Tribünen (Widerstand im Hause) und darf daraus schließen, daß unser Volk keineswegs den Anlaß für so außerordentlich berechtigt hält, daß die Verhältniswahl eingeführt wird, wie das vorgebracht worden ist. Die Verhältniswahl ist ein schwer verständlicher Mechanismus und unser Volk erkennt, daß es sich auch mit den Mehrheitswahlen leben läßt, wenn jeder seine Schuldigkeit tut und jeder seine Ueberzeugung zum Durchbruch verhilft. Einen Sprung ins Dunkle darf die Regierung nicht tun. Gerade aus dem Verantwortlichkeitsgefühl heraus für die Entwicklung unseres Volkes, aus diesem Grunde können wir ihren Anträgen nicht zustimmen. (Beifall auf einem Teil der Rechten.)

Abg. Dr. Günner (F. B.) merkt auf die Ausführungen des Ministers, was man heute gegen den Proporz ins Feld führe, das habe man früher auch gegen die direkte Wahl vorgebracht.

Die Abstimmung.

Die übrigen Berichterstatter verzichten auf das Wort. Die Beratung ist geschlossen, die Abstimmung über die Anträge Reimann und Benedy ergibt 25 Ringe gegen 29 Stimmen der Rechten. Damit sind die Anträge angenommen. Die Kommissionsanträge werden abgesehen mit den Stimmen der Linken gegen die Rechte angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch morgen 9 Uhr. Diese behandelt die zugehörigen Anträge, Petitionen und Interpellationen.

Schluß 1/2 Uhr.

Erste Kammer. — 10. Sitzung.

Karlsruhe, 19. Mai.

Unter dem Vorsitz des Prinzen Ray von Baden begann heute Vormittag nach halb 10 Uhr die 10. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer des Landtags. Am Regierungstisch: Finanzminister Rheinboldt und Regierungskommissare.

Kommerzienrat Engelhardt berichtet über den Voranschlag des Ministeriums der Finanzen, Ausgabe-Titel 1 (Finanzministerium), 2. (Landeshauptkasse), 3. (Hochbauwesen), 4. (Zoll- u. Steuerverwaltung), 10. (Ruhegehälter, Hinterbliebenenversorgung, Beihilfen), 11. (Allgemeiner Fonds für im Staatsverdienst nicht vorgesehene Bedürfnisse) und 12. (Außerordentliche Belohnungen und Beihilfen), sowie Einnahmen-Titel 3 (Zoll- und Steuerverwaltung). Die Kommission stellte den Antrag, die Ausgabe- und Einnahme-Titel in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer zu genehmigen.

Finanzminister Dr. Rheinboldt ging auf die vom Hause geäußerten Wünsche und Anträge ein. Ueber den Mehrbeitrag teilt der Minister mit: Nach einer mir heute zugegangenen Mitteilung wird beim Mehrbeitrag mit einem höheren Ergebnis als 3 1/2 Millionen nicht gerechnet werden können, während wir mit 20 Millionen gerechnet haben. Wenn das Ergebnis des Mehrbeitrages in allen Staaten so ausfallen würde, wie bei uns, kämen die erforderlichen 1000 Millionen nicht heraus. Andere Länder, so Sachsen, haben sich als „an Cordier“. Es folgten Mitteilungen des Vorsitzenden.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Kunstsalon Sud.
Am Kunstsalon Gebrüder Sud Meibt die Kollektiv-Ausstellung von G. S. Rindl nur noch bis inkl. Mittwoch, den 20. Mai, geöffnet.

Tagespielplan deutscher Theater.

Mittwoch, 20. Mai.
Baden-Baden, Jedermann.
Berlin, Kgl. Opernhaus: Der fliegende Holländer. — Kgl. Schauspielhaus: 1812. — Deutsches Theater: Othello.
Charlottenburg, Deutsches Opernhaus: Der Zigeunerbaron.
Dresden, Kgl. Opernhaus: Don Quixote. — Kgl. Schauspielhaus: Hamlet.
Darmstadt, Kgl. Theater: Der Hühnerdieb.
Düsseldorf, Schauspielhaus: Schinderhannes.
Frankfurt a. M., Opernhaus: Polenta. — Schauspielhaus: Seite 106.
Freiburg i. B., Stadttheater: Das Mädchen des Grenit.
Helm, Opernhaus: Rigoletto, Coppelia. — Schauspielhaus: Rolfabder.
Mannheim, Kgl. Hoftheater: Die lustigen Weiber von Windsor.
München, Kgl. Hoftheater: Die Hohenstaufen. — Hoftheater: Hamlet. — Hoftheater: Hamlet. — Hoftheater: Hamlet. — Hoftheater: Hamlet.
Stuttgart, Kgl. Hoftheater: Der Kothlychnschlag.
Weisbaden, Kgl. Theater: Königskinder.

Eröffnung der Darmstädter Jahrhundert-Ausstellung.

Heute vormittag 1/2 Uhr wurde im Großschloß zu Darmstadt die Jahrhundert-Ausstellung „Deutscher Kunst 1610 bis 1900 in Gegenwart des Großherzogs, des Prinzen August Wilhelm von Preußen, der Prinzen sämtlicher Behörden und sonstiger hoher Gäste und Vertreter der Kunst eröffnet. Veranstalter der Ausstellung ist der Großherzog, Patronen sind Kronprinz Rupprecht von Bayern, Prinz August Wilhelm von Preußen und Prinz Johann Georg von Sachsen. Der Leiter der Ausstellung Professor Dr. Biermann sprach in einer längeren Ansprache über den Zweck und die Aufgabe und die geschichtliche Bedeutung der Ausstellung und legte dar, nach welchen Gesichtspunkten das Bild der Ausstellung zusammengestellt worden sei. Er dankte darauf dem Großherzog, dessen Initiative die Ausstellung zu verdanken sei, dem deutschen Kaiser und allen anderen deutschen Fürsten, den Behörden und Mitgliedern des Ausschusses und allen Mitarbeitern, welche das Werk gefördert haben. An die Eröffnung der Ausstellung schloß sich ein Rundgang an. Die Ausstellung ist im Reichensloß in den Räumen des früheren Landesministeriums untergebracht, enthält gegen 2000 Nummern und hat es zur Aufgabe gestellt, von dem deutschen Kunstleben bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts einen möglichst ausgedehnten Überblick zu gewähren. Der Deutsche Kaiser hat aus seinem Privatbesitz eine Anzahl Bilder noch nicht gezeigter wertvoller Werke zur Verfügung gestellt, ebenso fast alle deutschen Fürsten und deutschen Professoren, Bibliothekare, Akademien, die Pro-

Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Sitzung

der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse am 9. Mai 1914.

Vorsitzender Sekretär: Herr Koenigsberger.

Zur Veröffentlichung in den Sitzungsberichten wurden vorgelegt:

1. Von Herrn R. Wolf eine Arbeit des Herrn Professor A. Kopf in Heidelberg über die Bestimmung der Drehmomentgleichung bei Torsionsversuchsungen am Meridiantreibe.
2. Von den Herren E. Curtius und O. Franzen eine Arbeit über die Abheilung der in grünen Pflanzen vorkommenden und der mit diesen verwandten Aldehyde und Ketone aus verdünnter wässriger Lösung.
3. Von Herrn O. A. Curtius eine Arbeit des Herrn Professor W. Traub in Heidelberg „Die langsame Verbrennung des Jodmolekülchlorids II und die Reaktionsgeschwindigkeit unvollkommener Gase“.
4. Von Herrn G. A. Wäfling „An Erinnerung an Herrn Rosenbusch“. An diesem Retrospekt hat die bahnbrechenden Verdienste Rosenbuschs auf petrographischen Gebiete beteuert und seine akademische Tätigkeit in Freiburg und Straßburg, insbesondere aber in Heidelberg gemahnt worden. 30 Jahre lang

reicher, als wir, erwiefen. Die Forderungsgesetze werden nach den Pfingstferien ausgearbeitet werden. Ueber die Zukunft der Budgetkommission der ersten Kammer der Reichstag, das sich nicht empfiehlt, die vom Reich ausgehenden 50 Prozent der Zuwachsteuer für das Land zu erheben. Die Regierung ist der gleichen Ansicht.

Mit dem Staatsschuldbuch hat die Regierung gute Erfahrungen gemacht. In kurzer Zeit werden 85 Millionen Mark als Eintragungen zu verzeichnen sein. Die Zigarettensteuer hat sich sehr bewährt. Ein Monopol ist der Regierung wenig sympathisch und zwar aus verschiedenen Gründen, hauptsächlich weil mit dem Einkauf des Tabaks und der Herstellung Zigaretten verbunden sind, die man besser der Privatindustrie überläßt. Wenn aber wieder ein Steuerobjekt gebraucht wird, ist die Zigarette das geeignetste Steuerobjekt. Ueber die Kaliförderung ist nicht viel gutes zu berichten. Das Kalifisch ist mit Mühe und Not im Bundesrat erledigt worden und der Reichstag hat es erhalten, er wird es aber kaum in dieser Session fertig stellen. Unsere Konzeptionäre sind daher in voller Unruhe darüber, wie sich die Dinge entwickeln werden. Man kann ihnen daher nicht übelnehmen, daß sehr wenig unternehmungslustig sind. Denn so wie die Dinge heute liegen, ist es überhaupt eine Frage, ob es möglich ist, eine bodische Industrie zu fördern. Die Bemühungen des Reichstages gehen darauf hinaus, Steuern zu legen und die Erfindung neuer zu verhindern. Diese Bemühungen sind leider nicht ganz ohne Erfolg gewesen. Die Absicht der Regierung geht nun dahin, eine Industrie im Sinne einzuführen.

Nach kurzen Bemerkungen des Fürsten zu Leiningen-Amorbach, des Freiherrn von Reiningen und des Reichstages wurden die Titel genehmigt.

Freiherr Dr. von Stöckingen berichtete über den Entwurf des Finanzministeriums Ausgabe-Titel 4 und Einnahme-Titel 1 (Post- und Domänenverwaltung). Die Kommission beantragt die Einnahme- und Ausgabe-Titel zu genehmigen.

In der Disziplin begreift Frhr. v. Bler von Ravensburg den numerus clausus für die akademisch gebildeten Forstbeamten und beantragt, daß die Forstverwaltung im Ministerium keine Vertretung hat.

Nach Ausführungen des Oberbürgermeisters Minister, Freiherrn von Stöckingen und Finanzminister Dr. Rheinboldt wurden auch diese Titel genehmigt.

Für die Kommission für Justiz und Verwaltung berichtete Geheimrat Glöckner über die Petition des H. Peter Speidel u. Gen. Mannheim, betr. die Aufhebung des Reichszwangsenergiegesetzes.

Der Antrag der Kommission verlangte Uebergang zur Lagerordnung. Nach kurzen Ausführungen des Oberbürgermeisters Hoberwehl, des Stadtrats v. a. des Freiherrn von Stöckingen und des Finanzministers Dr. Rheinboldt, der erklärte, daß die Regierung die Frage der Regelung der Reichszwangsenergie noch nicht für spruchreif halte, wurde der Antrag der Kommission angenommen.

Darauf wurde die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung 28. und 29. Mai, vormittags halb 10 Uhr. Tagesordnung: Kulturbudget, Dotationsgesetz, Petitionen.

Schluss der Sitzung 2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Mai.

Am Reichstag herrscht Ferienstimmung. Man hofft heute mit dem Arbeitspensum zu Ende zu kommen und bereits heute abend in die Ferien zu gehen.

Die heutige Sitzung des Reichstages begann bereits um 10 Uhr. Die 3. Lesung der Konkurrenzklausel-Vorlage nahm nur geringe Zeit in Anspruch. Während der nationalliberalen Abg. Marquardt, der den Standpunkt des Leipziger Verbandes der Handlungsgesellschaften vertrat, für ein völliges Verbot der Konkurrenzklausel sprach, und der Sozialdemokrat Giebel das ganze Gesetz überhaupt bekämpfte, weil es eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes darstelle, verteidigte der Volksparteiler Weinhausen die neuen Bestimmungen, die das im Augenblick Erreichbare darstellten. Man hätte bei diesem Gesetz die Interessen der Handlungsgesellschaften aber auch die der Prinzipale wahren müssen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde dann das Gesetz angenommen.

Ohne Aussprache nahm der Reichstag das Spionagegesetz, den Quellantrag und die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige an. Eine Reihe von Wahlprüfungen wurde ohne besondere Debatte erledigt.

Die Wahl des Welfen Alpers sollte nach dem Antrage der Kommission für gültig erklärt werden, während der Volksparteiler Neumann-Hofer Beweiserhebung an die Kommission beantragt. Die Wahl wurde gemäß dem Antrage der Volkspartei an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen.

Zur Wahl des konservativen Abg. v. Maffei in Labia-Weißau hatte die Kommission Beweiserhebungen beantragt. Das Haus beschloß nach einem Antrage der Volkspartei, diese Beweiserhebung noch auf einige andere Protestpunkte auszudehnen.

Ueber die Wahl des Abg. Waffermann beantragte die Kommission Beweiserhebungen. Der nationalliberale Abg. Eitz votierte für Gültigkeitserklärung der Wahl. Das Haus beschloß jedoch nach dem Antrage der Kommission, Ebenso wurden Beweiserhebungen zur Wahl des Grafen Edwin-Löwly (Konf.) genehmigt. In der nunmehr folgenden

allgemeinen Aussprache zum Etat nahm lebhaft der Sozialdemokrat Ledebour das Wort, der lebhaft über die Behandlung des Reichstages durch die Regierung klagte. Noch heute wisse niemand, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen werde. Der Regierung wie auch den bürgerlichen Parteien machte er den Vorwurf, daß sie die Sozialpolitik zum Stillstand gebracht hätten, während in weiteren Unterstufungen der Militarismus immer neue Triumphe feierte. Auch die geistige Erklärung des preussischen Ministers v. Loebell kritisierte der Redner. Dieser Minister sei früher der Adjutant Bismarcks gewesen. Er habe sich aber bald „libellisch“ unterworfen. Jetzt sei er von Dallwitz nicht mehr zu unterscheiden. Die übliche Apothekose auf die Sozialdemokratie zum Schlusse der Ledebourschen Rede durfte natürlich nicht fehlen.

Der Etat des Reichstages und des Reichsfanzlers wurde ohne Aussprache erledigt.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes fragte Abg. Waffermann an, ob es richtig sei, daß die Schutzgenossenschaft in Marokko aufgehoben werden soll und ob die deutsche Regierung gegen die Verletzung der Vertragsbestimmungen bei Vergebung von Lieferungen durch die französische Regierung protestiert habe.

Unterstaatssekretär Zimmermann erklärte, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, das System der Schutzgenossenschaft zu beseitigen. Die Regierung werde auch darauf achten, daß bei der Verteilung neuer Vergebungen die Vereinbarung strikte eingehalten werde. Der Unterstaatssekretär mußte zugeben, daß die französische Regierung sich bei der Vergebung von Lieferungen nicht ganz an die Vereinbarungen gehalten habe. Die deutsche Regierung habe deshalb Vorstellungen erhoben und falls keine Einigung erfolgt, soll die Angelegenheit zur schiedsgerichtlichen Verhandlung gebracht werden.

Bei der Beratung des Militäretats wurde der Antrag auf Wiederherstellung des Pressereferates beim Kriegsministerium mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums abgelehnt. Auch der Vermittlungsantrag Abg. Laf wurde mit 173 gegen 114 Stimmen abgelehnt.

Beim Etat des Reichsjustizamtes wurde der Zentrumsantrag auf Streichung des 6. Reichsanwalts angenommen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Petersburg, 19. Mai. Der Kaiser bestätigte das von der Duma und dem Reichstag angenommene Rekrutenkontingent von 585 000 Mann.

Zentrum und Wahlreform in Preußen.

m. Köln, 19. Mai. (Priv. Tel.) Zu der Haltung der Regierung in der Frage der preussischen Wahlreform schreibt die „Köln. Volkszeit.“: Wir möchten auch jetzt noch den Gedanken nicht aufgeben, daß der neue Minister des Innern die Schäden des preussischen Wahlrechts nicht verkennt und wenigstens soviel an Verbesserungen, als sich bei den Parteiverhältnissen in beiden Häusern des Landtages erreichen läßt, zur Grundfrage einer Reformvorlage macht, an der nicht lediglich einzelne bestimmte Parteien ein Interesse haben. Der Liberalismus ist nicht unzulässig daran, daß die frühere Wahlrechtsvorlage abgelehnt ist. Die Art, wie er jetzt wieder die Wahlrechtsfrage behandelt, als könnte sie natürlich nur mit der höchsten Billie, wie er sie von dem neuen Minister des Innern erwartete, im Kampfe mit der Rechte und mit dem Zentrum auszuwickeln, ist wahrhaftig am allerwenigsten geeignet, zu einem greifbaren Ziele zu führen. Aber vielleicht kommt die Regierung einmal zu der Einsicht, daß die Frage gelöst werden muß, wenn auch gegen diejenigen, sei es aus unheilbarem Anschau, sei es aus agitativen Bedürfnissen, alles tun, die Reform zu erwirken, anstatt zu erstickern und wir hoffen, daß dann auch die Konservativen nicht beiseite treten werden.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu demselben Thema: Der Vorstoß, für die kommenden Sommermonate eine parlamentarische Kommission zu bilden, die der Regierung für den Herbst einen würdigen Antrag der Mittelparteien gibt, dünkt uns ein Ausweichen aus der Sachlage, in die die Aktion geraten ist.

England und die Rede Jagows.

London, 19. Mai. Die „Times“ begrüßt in einem Leitartikel „kontinentale Presskampagne“ übergeschrieben, die halbamtliche Feststellung des Wortlautes der Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Jagow, nach dem er niemals an dem guten Willen der „Times“ gezweifelt habe, und sagt: Wir sind Jagow für seine gute Meinung verbunden und können ihm unerschrocken versichern, daß die verantwortlichen Publizisten Englands aufrichtig die wolle Entwicklung herzlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England wünschen, die sich mit den bestehenden Bündnissen und Freundschaften der beiden Staaten verträgt. Man scheint in Berlin besorgt zu haben, daß die etwas heftige Sprache Jagows über die russisch-deutsche Presskampagne als ein Versuch der Einmischung in die Politik der Triple-Entente gedeutet werden könnte. Wir bemerken mit Genugtuung, daß diese Auffassung desavouiert worden ist, denn nichts hätte mehr dazu geeignet sein können, eine Spannung in Europa hervorzurufen, als ein derartiger Versuch. Das Blatt führt fort, daß es sich zu den deutschen Auffassung, daß die russische Presse den Streit begonnen habe, mangels vollständigen Materials nicht aussprechen könne. Die Gründe, weshalb die deutsche Presskampagne klarer verurteilt hat, wäre, daß eine lange Erfahrung gezeigt habe, daß solchen Artiken nicht selten eine diplomatische Aktion der deutschen Regierung folgte. Es sei erkrankt, daß der Artikel der „Kölnischen Zeitung“ ein vollständig abgedrucktes Dementi enthält. Das Blatt fährt fort: Eine der Hauptursachen der glücklichen Veränderungen der Beziehungen zwischen Deutschland und England sei der günstige Eindruck, den der vertrauensverweckende Charakter des Reichskanzlers von

Reichmann-Dollweg und des Staatssekretärs von Jagow in England hervorrief. Dabei sucht es einen gewissen Gegensatz zwischen diesen beiden Staatsmännern und ihren Vorgesetzten zu konstruieren. Weiter spricht das Blatt die Hoffnung aus, daß die von v. Jagow festgestellte Tatsache, daß derartige Presskampagnen ein Spiel mit Feuer sei und von dem Pressebureau Berlin wie in Paris und Petersburg herbeigeführt werde und schließlich: Untererseits werden wir uns bestreben, sie uns selbständig vor Augen zu halten.

Der russische Finanzminister.

R.K. Paris, 18. Mai. Dem „Temps“ wird aus Petersburg telegraphiert, daß die seit Wochen kursierenden Gerüchte der Demission des Finanzministers Bark nunmehr an Glaubwürdigkeit zunehmen. Herr Bark fühle zu sehr die Last des Budgets und der Kredite, welche zur Ausführung des grandiosen Militär-Programms von ihm verlangt werden, auf seinen Schultern lasten. Die in den letzten Tagen in Livadia stattgefundenen Versammlungen des Ministerpräsidenten und dreier Minister habe ihre besondere Bedeutung. Jeder Zweifel müsse schwinden, wenn man sich die Persönlichkeiten vor Augen halte, welche gegenwärtig dem Zar ihren Bericht erstatten. Da sei vor allem Herr Raslawoff, der reaktionäre Minister des Innern, dessen Haltung in der Duma eine Majorität der Opposition geschaffen und der dem Ministerpräsidenten Goremykin das größte Hindernis bereite; ferner Herr Kriwocheine, der allgemein als der künftige Minister des Innern bezeichnet werde und schließlich Finanzminister Bark, der plötzlich nach Livadia berufen worden sei, wohl infolge des Rummels auf dem Geldmarkt und die stetig zunehmende Unzufriedenheit infolge der einschränkenden Maßnahmen gegenüber den Finanzisten und Fremden in den Aktien-Gesellschaften, der Antagonismus zwischen Regierung und Duma werde sicherlich einem eingehenden Stadium unterworfen werden und es scheint kaum glaubhaft, daß Ministerpräsident Goremykin nicht alles versuchen werde, um dieser Bewegung Einhalt zu tun, welche in stunde sei das Land in die ernstesten Bewirklungen zu setzen. Die russische Presse registrierte mit Genugtuung die in Aussicht stehenden Modifikationen des Kabinetts.

Petersburg, 19. Mai. Der Vertreter des Finanzministeriums Bark ist zum Finanzminister ernannt worden.

Eine Verschwörung gegen den Fürsten von Albanien.

Esad Pascha gefangen gesetzt.

Wien, 19. Mai. Das Wiener Korresp.-Bureau meldet: Esad Pascha ist gefangen gesetzt und auf das österreichische Kriegsschiff „Sigetwar“ gebracht worden, wo er vorläufig zur Verfügung des Fürsten verbleibt. Weitere Nachrichten liegen nicht vor.

Man muß nach dieser Meldung annehmen, daß eine Verschwörung gegen den Fürsten von Albanien im Gange war, deren Haupt derselbe Esad Pascha war, der in Rawied dem Fürsten Wilhelm die Krone Albanien anbot. Die Verschwörung ist aber noch rechtzeitig entdeckt worden. Man sieht, daß der deutsche Fürst keine leichte Aufgabe übernommen hat.

Durazzo, 19. Mai. Starke bewaffnete Genden, teils muslimische Janakier, teils gegen ihre Weib ausgebrachte Bauern, sind gestern in die zwei Stunden von Durazzo entfernte Ortschaft Sial eingedrungen und haben den Koimeim vertrieben. In Durazzo sind Schutzmaßregeln getroffen worden.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Sueria tritt nicht zurück.

Veracruz, 19. Mai. Senor Urratia, ein früheres Mitglied des mexikanischen Kabinetts unter General Sueria ist hier in Begleitung seiner Familie in einem Zuge für Flüchtlinge angekommen. Er erklärte in einem Interview, es sei absurd, zu denken, daß der Präsident zurückzutreten beabsichtige.

Von Tag zu Tag.

Waldens Hochzeit. S. Schillingen, 18. Mai. In aller Stille hat gestern der langjährige frühere Vorstand des Schwäbischen Altklerus, Rechtsanwalt Camerer, mit seiner Gemahlin, geb. Kapf, das Fest der goldenen Hochzeit gefeiert. Vom König traf eine goldbronzene Tafel mit dem Bildnis des Königs ein.

Vom Blig erschlagen. w. Paris, 19. Mai. Wie aus Orleans gemeldet wird, schlug der Blig in eine Gruppe von Krankenwärterinnen und Kranken des Irrenhauses zu Henry ein, die sich während eines Gewitters unter einen Baum geflüchtet hatte. Eine Wärterin wurde getötet, 3 andere und eine Kranke schwer verletzt.

Opfer des Meeres. w. Paris, 19. Mai. Das Fischerboot „Sacre coeur de Jezu“ aus Boulogne ist mit vier Personen in der vergangenen Nacht mit einem englischen Dampfer zusammen und sank. Sämtliche Insassen sind ertrunken.

101 Jahre. Potsdam, 19. Mai. Der älteste hiesige Bürger, der 101 Jahre alte Hofschlössermeister Herje, der wiederholt vom Kaiser ausgezeichnet worden ist, ist gestern abend in seiner hiesigen Wohnung gestorben.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Frankenthal, 18. Mai. Offiziell wird vom hiesigen Stadtbanamt ist seit einigen Tagen flüchtig. Wie, der aus dem benachbarten Edigheim kommt, besorgte die Berechnung der Löhne für die hiesigen Arbeiter. Durch Zufall entdeckte man, daß die schon seit längerer Zeit die Lohnquittungen fälschte und sich auf diese Weise ein ansehnliches Nebeneinkommen verschaffte. Die bis jetzt festgestellten Verletzungen belaufen sich auf die Summe von 2000 M. Sie dürften aber weit höher sein. Wie hat seine Ersparnisse in Höhe von 400 M. bei der hiesigen Sparkasse vor seiner Flucht abgehoben.

Bierheim, 13. Mai. Auch hier hat die Sammlung zugunsten des roten Kreuzes ein recht schönes Ergebnis gehabt. Es sind durch die Sammelthätigkeit der hiesigen Bevölkerung rund 400 Mark zusammengebracht worden.

Bierheim, 18. Mai. Das rätselhafte Verschwinden eines 4 Jahre alten Mädchens legt die Gemüter der hiesigen Einwohner in große Erregung. Das Kind, das dem Arbeiter Rappart Martin gehört, entsetzte sich am Freitag mittag von zuhause, ohne daß man bisher erfahren konnte, wo es sich aufhält. Das Abfinden des Kindes durch die oberen Schulklassen und mehreren Erwachsenen, die sich alle die größte Mühe gaben, blieb erfolglos. Heute hatte man unter dem Verdacht eines Verbrechens einen alten Schneider verhaftet, der jedoch wieder freigelassen werden mußte. Wer aber dem Verbleib des Kindes einen Anhaltspunkt geben kann, wolle dies sofort der Bürgermeister Bierheim oder den Eltern des Kindes mitteilen. Wir wir hören, sollen heute alle Landwirte ihre Äcker durchsuchen. — Heute Morgen wurde erzählt, man habe das Kind in Kleinhausen bei Worms gefunden, doch ist eine Bestätigung dieser Nachricht noch nicht eingetroffen. — Um Nachdruck dieser Notiz bitten die Eltern.

Lampertshausen, 18. Mai. In der geistigen Gemeinderatsversammlung wurde das zur Ausführung genehmigte Projekt für die Erbauung eines 16klassigen Schulhauses mit Turnhalle vorgelegt. Nach dem ebenfalls vorgelegten Kostenschlag wird der Bau auf ca. 220 000 M. zu stehen kommen. In dem Schulhaus, das nach den Vorschlägen der Bauabteilung des Ministeriums durchgeführt wird, soll auch ein Koll- und Schülerbad eingerichtet werden. Die Turnhalle wird nunmehr in einer Größe von 28 zu 12 Mtr. erstellt, damit darin evtl. auch größere feierliche Veranstaltungen abgehalten werden können. In den beiden alten Schulhäusern der Kömerstraße soll entsprechend dem Vorschlag der Baukommission eine Zentralheizungsanlage eingerichtet werden. Die Kosten sind mit 9000 M. veranschlagt. Für den Schulhausneubau, die vorerwähnte Zentralheizungsanlage sowie sonstige weitere ansehnliche Bedürfnisse, wird die Aufnahme eines Darlehens von 200 000 M. bei der Landesbankprovinzialbank Darmstadt beschlossen. Für die Anfertigung eines Ortsplans durch das Gr. Kreisvermessungsamt Bensheim werden 800 M. bewilligt. Ein Besuch des Eisenbahnbetriebsamts 2 Worms um Befreiung von Bauvorschriften für die Errichtung eines Aborigebäudes auf dem hiesigen Bahnhof wird genehmigt. Die Pflanzungsbereitstellung für die Anschaffung einer Brückenwaage, wofür verschiedene Offerten vorliegen, wird der Baukommission überwiesen. Die für den Bezirk des Bezirksamts Bensheim im Vorjahr einseitig festgesetzten Ortsabgaben werden für die hiesigen Verhältnisse als zu niedrig erachtet und hierfür folgende Sätze vorgeschlagen: für männliche Personen über 21 Jahre 4 M., von 16 bis 21 Jahren 3,30 M., unter 16 Jahren 2,50 M., für weibliche Personen über 21 Jahre 2,80, von 16 bis 21 Jahren 2,20 M., unter 16 Jahren 1,80 M. Für den Verkauf der Baupläne im neuen Bauquartier wird für die zunächst zur Eröffnung kommenden Strohen die Lage auf 3 M. pro Omt. festgesetzt.

Lampertshausen, 15. Mai. Der Gesangsverein „Euterpia“ erlangt sich unter Leitung des Herrn Lehrer Muffel aus Worms bei den in Altrip stattgefundenen Gesangswettstreit in der zweiten Landklasse den 1b. Preis mit 75 Mark in bar nebst goldener Reiballe und Diplom. Der noch wenig an die Öffentlichkeit getretene Verein beweist hiermit ein ernstes und fleißiges Streben.

Advertisement for Vasenol-Sanitäts-Puder. Includes an illustration of a woman and a child, and text describing the product's benefits for hygiene and skin care. The text mentions that it is a hygienic body powder for daily skin care, suitable for all ages, and is recommended by doctors. It is available in various forms (powder, cream, ointment) and is sold by Vasenol-Werke, Dr. Arthur Köpp, Leipzig-Lindau.

Handels- und Industrie-Zeitung

Die Kupferlage in Amerika.

(Nachdruck verboten.)

Sowohl in Amerika, dessen Raffinerien ungefähr 75 Prozent der Weltausbeute verarbeiten, als auch in Europa sind die Kupferbestände während der drei letzten Jahre beständig gesunken, während der Konsum stetig gestiegen ist. Bis zum laufenden Jahr hat sich zwar die Produktion auch andauernd erhöht, aber es ist sehr zweifelhaft, ob sich dies fortsetzen wird. Die meisten der porphyryhaltigen Minen haben das Maximum ihrer Produktionsfähigkeit erreicht, große neue Kupferlager sind in den letzten Jahren in Amerika nicht entdeckt worden, und obwohl einige bereits seit Jahren bekannte Vorkommen, besonders in Südamerika, jetzt auf kommerzielle Basis gebracht werden, so wird es doch Jahre dauern, bis dieselben ein Faktor von Bedeutung werden.

Übersichtstabelle Vorräte

	Amerikanische	Europäische	Total-Welt
1. April 1910	123 824 874 lbs	233 775 860 lbs	357 600 734 lbs
1. April 1911	152 007 934 "	158 462 090 "	310 470 024 "
1. April 1912	82 987 587 "	118 832 000 "	191 819 587 "
1. April 1913	104 269 270 "	87 077 260 "	191 346 530 "
1. April 1914	84 600 318 "	45 780 960 "	130 381 278 "

Die Tendenz ist deutlich: innerhalb 4 Jahren sind die überschüssigen Weltvorräte von 359 Millionen auf 110 Millionen Pfund herabgegangen. Der Rückgang war eigentlich noch größer als die Ziffern andeuten, da die Statistik der letzten vier Jahre im Gegensatz zum ersten auch die Bestände in Hamburg, Rotterdam und Bremen einschließt.

Auf der Basis von 300 Tagen p. a. beträgt der tägliche Weltkonsum jetzt 7 500 000 Pfund. Selbst wenn man annimmt, daß die ganzen z. Zt. vorhandenen Weltvorräte sofort industriell verwendbar sind, so würden dieselben (110 000 000 lbs) für weniger als 15 Tage Konsum ausreichen. Tatsache ist jedoch, daß nur ein kleiner Teil sogleich verwendbar ist. Erstens muß jede Raffinerie — wie beinahe jedes Warengeschäft — immer gewisse Vorräte halten. Infolgedessen bilden die monatlich als Überschuss bezeichneten Ziffern keinen Überschuss im eigentlichen Sinne des Wortes. Zweitens wird nur wenig Kupfer in Europa verfeinert. Der große Teil der europäischen Vorräte besteht aus Kupfer, wofür Lagerhaus-Quittungen verusgibt sind. Zur Mehrzahl setzt sich dieses Kupfer aus unverfeinertem Metall zusammen, das also kommerziell nicht sofort verwendbar ist.

Gehen wir zum ausländischen Verbrauch amerikanischen Kupfers über, so ist zu konstatieren, daß der größte Teil des europäischen Bedarfs seitens der amerikanischen Raffinerien gedeckt wird. Wenn man daher zu dem amerikanischen Export die Höhe des Rückganges der europäischen Vorräte hinzuzieht, so ergibt sich der ungefähre Umfang des europäischen Konsums, soweit er von der amerikanischen Produktion versorgt wird.

Export	Rückgang (-) bzw. Zunahme (+) der europ. Bestände	Europ. Verbrauch amer. Kupfers
1909 690 942 620 lbs	+ 121 880 000 lbs	569 062 620 lbs
1910 722 431 494 "	- 84 904 600 "	707 336 094 "
1911 794 802 233 "	- 37 491 350 "	831 293 583 "
1912 748 298 482 "	- 57 608 000 "	805 906 482 "
1913 680 082 784 "	- 25 471 040 "	705 553 824 "

Innerhalb vier Jahren ist also der augenscheinliche europäische Verbrauch amerikanischen Kupfers von 556 auf 894 Millionen Pfund gestiegen. Bei dieser Aufstellung ist der Umsatz hervorzuheben, daß Europa während der letzten vier Jahre je ca. 50 Millionen Pfund Kupfer aus Amerika bezogen hat. Aus der eingangs angeführten Tabelle geht hervor, daß die europäischen Bestände auf 45 Millionen Pfund zurückgegangen sind. Sechsenner behaupten nun, daß hiervon nur 25 Millionen kommerziell verwendbar sind. Dies kommt einem achtzigprozentigen Verbrauch gleich.

Der Konsum kann nur aus zwei Quellen befriedigt werden: aus der laufenden Produktion und den Vorräten. Wenn letztere auf ein Minimum zusammengeschrumpft sind, so bleibt die laufende Produktion allein übrig. Europa ist beinahe an diesem Punkt angekommen, und hierin dürfte wohl die Erklärung der jüngsten großen amerikanischen Exporte nach Europa liegen.

Für die ersten drei Monate 1914 betrug der Gesamtexport Amerikas 261 Millionen Pfund, das gibt eine Jahresrate von über 1000 Million Pfund. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß der Export sich auf dieser Höhe halten wird, aber falls der europäische Konsum nicht sehr unter den letztjährigen fällt, so kann man den durchschnittlichen Monatsexport auf 75 Millionen Pfund schätzen.

Was den Verbrauch in Amerika selbst anbelangt, so mögen folgende Ziffern dienen:

Heimische Lieferungen	Rückgang (-) bzw. Zunahme (+) der heimischen Bestände	Total
1909 705 061 361 lbs	- 18 407 048 lbs	686 654 313 lbs
1910 748 426 542 "	- 12 733 910 "	731 160 452 "
1911 730 611 606 "	- 32 575 200 "	708 036 406 "
1912 818 911 625 "	+ 33 575 300 "	852 486 925 "
1913 787 341 780 "	- 12 973 715 "	774 368 065 "

Die Zunahme des amerikanischen Verbrauches ist bedauernd geringer als die europäische, doch

zeigen die Ziffern, daß auch hier die Nachfrage fast fortwährend steigt.

Während der letzten fünf Monate (November 1913 — Ende März 1914) betrugen die amerikanischen Lieferungen durchschnittlich 47 000 000 lbs, und zwar während der ersten zehn Monate 1913 70 000 000 lbs, 1912 68 000 000 lbs, 1911 59 000 000 lbs, 1910 62 500 000 lbs, 1909 59 000 000 lbs. Der amerikanische Verbrauch für die letzten fünf Monate war also weniger als drei Viertel des Durchschnittes der letzten 5 Jahre. Dies muß eine Ebbe in den Kupferbeständen der verarbeitenden Fabriken zur Folge haben, eine Ebbe, die über kurz oder lang der Flut weichen müssen.

Vor einem Jahr herrschten ähnliche Verhältnisse. Damals betrugen die Kupferbestände per Ende März 1914 269 270 lbs. Ende Juni waren sie zurückgegangen auf 52 904 606 lbs, d. h. die Bestände waren innerhalb dieser 3 Monate in 1913 reduziert um 52 000 000 lbs.

Am 1. April 1914 wurden die Bestände in Amerika auf 64 Millionen Pfund geschätzt. Ein ähnlicher Rückgang im laufenden Jahr würde eine Aufzehrung der Bestände nahe bringen. Mit kurzen Worten: falls der Verbrauch in Amerika während 1914 nicht unter denjenigen der letzten Jahre fällt, so werden sich die Lieferungen für den Rest des Jahres auf durchschnittlich über 60 Millionen Pfund belaufen.

Was ist nun Kupfer im Hinblick auf die statistische Lage wert? Nachfolgende Ziffern, die einem Fachblatt entnommen sind, mögen eine Andeutung geben:

Die Wertvorräte betragen am 1. April 1910 390 Millionen lbs., der Preis stellte sich auf 13 255 cents, der Wert folglich auf 47 718 000 Dollar. Am 1. April 1911 waren 320 Mill. lbs. zu je 12 129 cents vorhanden, so daß der Gesamtwert rund 38 845 000 Dollar betrug. Am 1. April 1912 wurden 181 Mill. lbs. zu je 14 698 cents, d. h. 26 603 000 Dollar verzeichnet. Am 1. April 1913: 191 Mill. lbs. zu je 14 713 cents, d. h. 28 101 000 Dollar. Am 1. April 1914: 110 Mill. lbs. zu je 14 131 cents, d. h. 15 544 000 Dollar.

Die amerikanische Kupferproduktion betrug 1909: 1 405 403 056 lbs., d. h. durchschnittlich pro Monat 117 116 921 lbs.; im folgenden Jahre wurden 1 452 122 120 lbs. gewonnen, d. h. durchschnittlich pro Monat 121 010 177 lbs. Im Jahre 1911: 1 431 938 338 lbs., oder 119 328 195 pro Monat. 1912: 1 581 920 287 lbs., oder 131 826 690 lbs. im Monatsdurchschnitt. 1913: 1 622 450 829 lbs., also durchschnittlich 135 204 236 lbs. pro Monat.

Während der ersten drei Monate 1914 betrug die Produktion 11 Millionen Pfund weniger als während der gleichen Periode in 1913.

Angenommen jedoch, daß die Produktion für 1914 ein kleines Anwachsen zeigen würde, so ergibt sich folgendes Resultat: Europäischer Verbrauch amerikanischer Produktion 11. Ziffern 600 000 000 lbs.; voraussichtlicher amerikanischer Verbrauch 775 000 000 lbs.; Total 1 375 000 000 lbs.; Wahrscheinliche Produktion 1 650 000 000 lbs.; aus den vorst. Vorräten zu 25 000 000 lbs.

Trotz des derzeitigen abnormen Geschäftsganges in Amerika und einem Teil Europas ist der Konsum der Höhe der Produktion schon sehr nahe gekommen, und es liegen Indikationen dafür vor, daß die bereits abnorm niedrigen Vorräte zur Deckung des Verbrauches weiter herangezogen werden müssen.

Bei einer steigenden Konjunktur in Amerika und Europa auf die Höhe der letzten Jahre scheint ein Kupfermangel, wenigstens temporär, sehr wahrscheinlich.

Viel hängt natürlich davon ab, wie sich die mexikanische afrikanische (Kantanga) und russische (Kyshtim, Spassky, Tantalik etc.) Produktion entwickeln wird.

Fremdenindustrie.

C.G. Berlin, 19. Mai. An sehenswerten Ausstellungen ist in diesem Jahre wahrlich kein Mangel. Die „Bugra“ in Leipzig, die Werkbundausstellung in Köln a. Rh. und die Hygieneausstellung in Stuttgart sind an erster Stelle zu nennen. Daneben bestehen noch eine Reihe ähnlicher Veranstaltungen von mehr lokaler Bedeutung. In Berlin begann die diesjährige Saison mit der „Eva“ (Erste Variété-Ausstellung) und mit der „Küche im Mai“. Weitere werden folgen. In den Ausstellungshallen am Zoo finden alljährlich ungefähr ein halbes bis dreiviertel Tausend derartiger Veranstaltungen statt; man sollte meinen, das sei selbst für Berlin genug. Trotzdem baut man jetzt im Westen einen neuen Ausstellungspalast, der natürlich alles bisher Dagewesene bei weitem in den Schatten stellt. Daneben hat Berlin seine periodischen Kunstausstellungen etc. Wer an den inländischen Ausstellungen noch nicht genug hat, kann nach Mailand oder Bern fahren und sich dort neben guten ausländischen Produkten auch Erzeugnisse deutschen Gewerbetreibenden vorführen lassen. All diese Ausstellungen dienen einem doppelten Zweck. Sie sind eine Musterchau und Paradekollektion bestimmter Gewerbe und ein wirksames Propagandamittel der Fremdenverkehrsvereine. Es gibt im In- und Auslande schon verschiedene Städte, die sich auf Ausstellungen sozusagen permanent eingerichtet haben. Sie brauchen derartige Attraktionen, um

ihre stark entwickelte Fremdenindustrie, ihre Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungsetablissemments etc. lekrativ zu erhalten. Städte wie Leipzig, die an sich auf den Fremden keine so starke Anziehungskraft ausüben würden wie vielleicht München und Berlin, sind darauf angewiesen, sich durch besondere Veranstaltungen etwas in den Vordergrund zu drängen. Leipzig hat es in besonderem Maße verstanden, „Attraktionen“ zu schaffen. Es hat in seinem Völkerschlachdenkmal eine Einrichtung von bleibendem Wert für die Fremdenindustrie, es hat ferner in den letzten Jahren eine ganze Reihe von großen Kongressen, Turnfesten etc. in seinen Mauern gesehen. Die vorjährige „Iba“ und die diesjährige „Bugra“ haben ebenfalls dafür gesorgt, daß so mancher seinen Kurs nach der Pleisse richtete, der sonst vielleicht nach der Spree, Elbe, Isar oder zum Rhein gepilgert wäre. Die zentrale Lage Leipzigs ist unzweifelhaft dem Zusammenströmen großer Fremdenscharen sehr günstig. Es kommt hinzu, daß in Leipzig viel leichter als mancher anderen Stadt eine größere Anzahl moderner Hotels etc. sich halten kann, da ja die Messen außerhalb der eigentlichen Beiseaison einen starken Verkehr schaffen. Die Sache hat natürlich auch ihre Kehrseite. Während fast in ganz Deutschland in den letzten Jahren die Boden- und Bauspekulation darniederlag, blühte sie in Leipzig um so üppiger und es gibt dort viele kundige Beobachter, die mit banger Sorge diese Entwicklung verfolgen, deren Uebertreibungen erst dann hervortreten werden, wenn der Leipziger Fremdenindustrie einmal ein ruhiges Jahr beschert ist. Auch der rührigste Verkehrsverein wird schließlich einmal um neue Attraktionen verlegen sein. Zudem haben die großen Verbände der Turner, Schützen, Skat- und Kegelschützen den begrifflichen Wunsch, ihre Feste bald hier bald da zu feiern, um nach und nach ihren Mitgliedern die Qualität der Kunstschätze, des Bieres etc. in allen Gauen Deutschlands vorzuführen. Die Leipziger Fremdenindustrie hat in den letzten Jahren eine besonders hastige Entwicklung durchgemacht. Sie hatte nicht so lange Zeit, sich in Ruhe auszuzeichnen und zu konsolidieren, wie ihre Konkurrenten in Berlin, Dresden und München. Man darf aber wohl trotzdem hoffen, daß sie die unvermeidlichen Kinderkrankheiten gut übersteht. Das Zeug zur Fremdenstadt hat Leipzig als altes Kultur- und Handelszentrum ebensogut wie die erwähnten Konkurrenten.

Geldmarkt, Bank- und Börsenwesen.

Wochenausweis der Russischen Staatsbank vom 14. Mal.

Angesichts der fortgesetzten Goldkläufe der russischen Regierung in London blühte die Ausweise der russischen Staatsbank jetzt ein erhöhtes Interesse. Die nachstehend veröffentlichte Tabelle, umfassend die Zeit vom 23. April bis zum 1. Mai russischen Stils, zeigt, wie schon berichtet, keine außergewöhnlich starke Zunahme des Goldvorrates. Bei der Staatsbank ist dieser freilich um 2,50 (7,20) Mill. Rbl. gewachsen, dafür haben aber die Goldvorräte im Auslande einen Rückgang um 3,30 (0,80) Mill. Rbl. erfahren, so daß sich im ganzen eine Verlingerung der Goldbestände um 0,80 Mill. Rbl. ergibt gegen eine Zunahme derselben um 0,40 Mill. Rbl. in der gleichen Woche des Vorjahres. Wir können also mit Recht sagen, daß die Ausweise der russischen Staatsbank keine Aufklärung über den Verbleib der gekauften Goldmengen geben. An der Hand derselben kann man vielmehr fragen, wozu sie eigentlich vorgenommen werden. Erreicht doch der Goldbestand der russischen Staatsbank nach dem letzten Ausweis die enorme Höhe von 1 Milliarde 732 Mill. Rubel, was einer Summe von 3,85 Milliarden Mark entspricht.

1913 geg. d. Vorw.	Abfluss (in Tausend Rubel)	1914 geg. d. Vorw.
1391 000 +	2900 Goldmünzen, Barren etc.	901 571 + 2965
219 000 -	601 Gold im Auslande	600 000 - 3257
70 500 +	620 Silber u. Scheidemünzen	74 875 + 1423
450 700 -	13 200 Verpflichtungen	461 372 - 5328
192 400 -	5 500 Verträge, Wechsel etc.	190 263 - 213
245 300 -	160 Sonstige Verträge	245 300 - 188
167 300 -	403 Wertpapiere u. Staatsb.	167 300 - 772
24 300 -	50 Verfallene Kosten	24 300 - 3268
	Pasiv (in Tausend Rubel)	
134 000 +	200 Kapitalien im Umlauf	138 058 + 4114
35 000 (unver.)	Kapitalien der Bank	35 000 (unver.)
521 100 -	30 300 Leih. d. Bank	521 100 - 30 300
364 900 +	640 Leih. d. Bank	364 900 + 640
65 000 -	600 Versch. d. Bank	65 000 - 600
16 100 -	Rechnungsabläufe, d. Bank	16 100 - 16 100

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 19. Mai. (Tel.) Es lagen auch heute verschiedene günstige Momente vor, welche Anlaß zu etwas lebhafterem Geschäft boten. Auf politischem Gebiet war es die baldige Klärung der mexikanischen Angelegenheiten, da Nachrichten vorlagen, daß Huerta bereits zurückgetreten sei. Die innerpolitische Lage wurde zwar vielfach besprochen, meiste aber nur geringen Eindruck, da man an eine Reichstagsauflösung nicht glaubt. Was die industriellen Nachrichten anlangt, so sind es immer die Verhandlungen zwecks Syndizierung der B-Produkte, die dem Markt Rückhalt und Anregung geben. Die Erhöhung der Ausfuhrpreise Belgiens, bessere amerikanische Berichte vom Eisenmarkt stimulierten. Die Umsätze auf dem Gebiete des Montanmarktes waren zwar weniger lebhaft, da auch vielfach sich Zurückhaltung bemerkbar machte. Phönix-Bergbau, Geisenkirchen und Deutsch-Luxemburger gut behauptet. Etwas höher bewertet wurden die Aktien der Senatsbahn, Baltimore gut befestigt. Elektrizitätswirtschaften bekundeten gute Verfassung, namentlich für Edison war größeres Interesse, Schuckert und Siemens u. Halske lester, Heimische Banken gut behauptet. Petersburger Internationale Handelsbank in Zusammenhang mit den Beschlüssen der Konferenz der Petersburger Banken lebhafter gehandelt. Heimische Banken behauptet. Stilleres Geschäft war in Fonds, doch ist die Haltung günstig. Am Kassamarkt für Dividendenwerte herrschte eine freundliche Stimmung. Später trat wieder größere Zurückhaltung ein, da politische Nachrichten vorlagen, welche besagen, daß Huerta keineswegs beabsichtige, zu-

rückzutreten. Verstimmung brachte auch der Vormarsch der Aufständigen auf Durazzo. Von chemischen Werten wurden Badische Anilin und Scheideanstalt schwächer. Letztere verloren 8 1/2 Prozent, Maschinenfabriken Adlerwerke Kleyer 2 Prozent höher; dagegen sind Dürkopp 4 1/2 Prozent, Daimler Motoren 2 Proz. niedriger. Die Aktien der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft notierten exkl. Dividendenkupon Kursabschlag 4 Prozent. Bezugsrecht auf die Aktien des Vereins deutscher Oelfabriken Mannheim 1,75 Proz. bz. G. Bemerkenswert sind ferner noch Aluminium bei fester Tendenz. 5proz. amortisable Mexikaner notierten 1/4 Proz. höher. Die Börse schloß bei ruhigem Geschäft und behaupteter Tendenz.

Es notierten: Kredit 192 Proz., Diskonto 187 1/2 Prozent, Dresdner Bank 149,90, Staatsbahn 152 1/2, Lombarden 20 1/2, Baltimore und Ohio 92 Proz. Privatkonto 2 1/2 Prozent.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 19. Mai. Die Börse zeigte sich weniger zuversichtlich gestimmt als gestern. Zwar machte die Verständigung zwischen Albanien und den nordprotestantischen Aufständischen guten Eindruck, zumal die Wiener Börse daraufhin eine feste Tendenz sandte und bezüglich der Eisenindustrie berichteten die Zeitungen von einem weiteren Anziehen der Stabeisenpreise; die Wirkung dieser Meldungen wurde jedoch abgeschwächt durch ungünstige Nachrichten vom belgischen Eisenmarkt, woher ein Preisrückgang für belgisches Gießereierzeugnis gemeldet wurde. Ferner waren Gerüchte im Umlauf, daß die Syndizierungsverhandlungen sich schwieriger gestalteten als man angenommen hatte.

Die ersten Kurse ließen noch eine ziemlich feste Tendenz erkennen. Durch Besserung zeichneten sich besonders russische Banken aus, für welche die Meldung von einer umfassenden Hilfsaktion des russischen Finanzministeriums eine weitere Anregung bildete.

Orient stellten sich um mehr als 1 Proz. höher im Anschluß an Wien. Auch am Montanmarkt waren für einzelne Werte Besserungen zu verzeichnen. Auf diesem Gebiete jedoch trat zuerst die Unsicherheit hervor und auch die auftauchenden Zweifel bezüglich des Fortgangs der Verhandlungen hatten ein allgemeines Nachgeben der Kurse zur Folge. Nachrichten von dem Auftreten von aufständischen Banden in Albanien trugen dazu bei, auf die Stimmung zu drücken und der Verkehr wurde daher unter leichten Abbrückerungen träge. Auch Schiffsahrts- und Elektroaktien konnten anfangs kleine Besserungen meist nicht behaupten. Tägliches Geld 2 1/2 bis 2 Prozent.

Bei unwesentlichen Schwankungen, die Neigung zu Abschwüchungen vorwiegend erkennen ließen, blieb der Verkehr bis zum offiziellen Schluß träge.

Privatkonto 2 1/2 Prozent.

Handel und Industrie.

Außenhandel Deutschlands im April 1914.

In der gestrigen Nummer des „Reichsanzeigers“ werden die Zahlen über den Außenhandel des Deutschen Reichs im April 1914 veröffentlicht, worüber wir bereits gestern mittig kurz berichtet haben. Es wird sich für uns jetzt im wesentlichen darum handeln, die Zahlen für die Hauptwarengruppen anzuführen und den Vergleich mit dem Vormonat (zum Teil auch April 1913) zuziehen.

Die Gesamteinfuhr im Spezialhandel stellte sich im April d. Js. auf M. 979 454 000 gegen M. 943 212 000 im Vormonat und Mark 1 005 487 000 im April 1913. Davon entfallen auf Gold und Silber M. 27 722 000 gegen 29 500 000 Mark im Vormonat und M. 27 128 000 im April 1913, so daß für den reinen Warenverkehr Mark 951 732 000 noch bleiben gegen M. 913 712 000 im Vormonat und M. 978 359 000 im April 1913. Wir haben also gegen den gleichen Monat des Vorjahres einen Rückgang der reinen Wareneinfuhr von 26,63 Mill. M., zu verzeichnen, während gegen den Vormonat eine Mehreinfuhr von 38,52 Mill. M. stattgefunden hat.

Die Gesamtausfuhr im Spezialhandel erreichte im April d. Js. einen Wert von 851 871 000 Mark gegen M. 916 165 000 im Vormonat bzw. M. 877 208 000 im April 1913. Auf Gold und Silber entfielen M. 10 194 000 (7 080 000 bzw. 5 253 000), so daß für den reinen Warenverkehr M. 841 677 000 nachbleiben gegen M. 909 085 000 im Vormonat bzw. M. 871 953 000 im April 1913. Die reine Wareneinfuhr ist also gegen den Vormonat um 67,41 und gegen den April 1913 um 30,25 Mill. M. zurückgegangen.

Wenn wir nunmehr zu den Hauptwarengruppen übergehen, so müssen wir uns da auf die wichtigsten Angaben beschränken, wobei wir die Zahlen des Vormonats in Klammern beifügen wollen. Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft einschl. der Nahrung- und Genussmittel wurden für 612,95 (587,97) Mill. Mark eingeführt und für 138,23 (168,08) Mill. Mark ausgeführt. Die Mehreinfuhr betrug also 474,72 (419,89) Mill. M. Mineralische und fossile Rohstoffe einschl. der Minerale wurden für 96,08 (82,90) Mill. M. eingeführt und für 69,49 (69,26) Mill. M. ausgeführt. Auch hier war also eine Mehreinfuhr von 26,59 (13,64) Mill. M. zu verzeichnen. Chemische und pharmazeutische Produkte, Farben und Farbstoffe wurden für 48,68 (55,52) Mill. M. eingeführt und für 80,18 (95,49) Mill. M. ausgeführt. Hier ist also eine Mehreinfuhr von 31,50 (39,92) Mill. M. vorhanden. An bearbeiteten tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen und Waren daraus haben wir für 69,58 (80,20) Mill. M. eingeführt und für 121,49 (147,91) Mill. M. ausgeführt, so daß eine Mehreinfuhr von 51,91 (67,62) nachbleibt. Die Einfuhr der unedlen Metalle und Waren daraus stellte sich auf 64,24 (54,97) Mill. M.,

die Ausfuhr auf 163,72 (156,42) Mill. M., so daß noch für eine Mehrausfuhr von 99,48 (101,45) Mill. M. nachbleibt. In dieser Warengruppe entfällt der Hauptteil auf Eisen und Eisenlegierungen, die für 8,76 (8,17) Mill. M. eingeführt wurden, mithin eine Mehrausfuhr von 108,08 (103,36) Mill. M. zeigen. An zweiter Stelle stehen Kupfer und Kupferlegierungen, deren Einfuhr sich auf 40,71 (34,14) Mill. M. stellte, wovon 23,09 (21,14) Mill. M. für die Ausfuhr abgehen, so daß eine Mehrausfuhr von 17,62 (13,00) vorhanden war. Schließlich seien dann noch Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge erwähnt, die für 11,67 (11,69) Mill. M. eingeführt und für 89,66 (100,79) Mill. M. ausgeführt wurden, d. h. eine Mehrausfuhr von 77,99 (89,10) Mill. M. ergaben.

Einigung in der Kravattenbranche?

Zu den Differenzen in der Kravattenbranche wird von beteiligter Seite mitgeteilt, daß am letzten Samstag zwischen Mitgliedern des „Verbandes Deutscher Kravattenfabrikanten“ und des „Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser“, unter Teilnahme der Vorsitzenden beider Verbände, eine Aussprache zum Zwecke der Beseitigung der Differenzen stattgefunden habe. Nach Lage der Sache konnten positive Ergebnisse nicht erzielt werden, es sind jedoch dem „Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser“ Zusagen gemacht worden, die, wenn die demnächst stattfindende Generalversammlung des „Verbandes Deutscher Kravattenfabrikanten“ zustimmt, eine Einigung in vollem Maße erhoffen lassen.

Robeisenverband.

—r. Auf der Tagesordnung der am 22. Mai stattfindenden Mitgliederversammlung steht bekanntlich auch die Preisfestsetzung für das zweite Semester 1914. Wie wir nun hören, dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß in Anbetracht der ungemünzten Geschäftslage und wegen der schwerenden Verbandsverhandlungen in den B-Produkten die Preisfestsetzung verzögert wird, bis sich die Situation vielleicht etwas besser übersehen läßt. Von informierter Seite wird uns mitgeteilt, daß, falls die Preisfestsetzung doch bereits jetzt vorgenommen wird, kaum eine nennenswerte Ermäßigung für einzelne Robeisenarten zustande kommt.

Stabeisenverband.

—r. Wie wir hören, verhandelt die Stabeisen-Kommission gegenwärtig mit den vier Werken: Thyssen, Gelsenkirchen, Hoersch und Burbach wegen deren Quotenbemessung, weil diese Werke infolge ihrer Neuanlagen den beschlossenen Einschätzungs-Modus (die Wahl von zwölf aufeinander folgenden Monaten in der Zeit vom 1. Januar 1912 bis 30. April 1914) nicht annehmen konnten, da diese zu dieser Zeit nicht in vollem Betrieb waren. Am 25. Mai soll dann das Ergebnis der Vollversammlung unterbreitet werden.

Bergwerksgesell. Friedrich-Heinrich, Lintfort, Kr. Moors.

—r. In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß man den diesjährigen Verlust von 1,6 Millionen Mark im nächsten Jahre aus den Ueberschüssen decken könne. Für das Jahr 1915 würde man den Ueberschuß zu Abschreibungen verwenden, da noch ein dritter Schacht niedergebracht werden sollte. Die Kolerianlagen sollen vermehrt werden. Die Verwaltung hoffe, vom Jahre 1916 ab die Dividendenzahlung wieder aufnehmen zu können.

Jaluit Gesellschaft, Hamburg.

Hamburg, 19. Mai. Aufsichtsrat und Vorstand der genannten Gesellschaft haben in soeben stattgehabter Sitzung die Generalversammlung auf den 16. Juni festgesetzt und beschlossen, derselben 14 (i. V. 13) Prozent Dividende vorzuschlagen.

Zahlungseinstellungen und Konkurse.

Konkurse in Deutschland.

Aschaffenburg: Kaufmann Konrad Wiesinger; Bamberg: Fritz Braun; Bremen: Malermeister Franz Diedrich Theodor Schwedhelm; Darmstadt: Kaufmann Hermann Determann; Dresden: Wilhelm Heinrich Schüller; Hannover: Kaufmann Christoph Beha; Hersfeld: Kaufmann Lorenz Giebe; Pforzheim: Landwirt Karl Barth; Tauberbischofsheim: Schmied Alois Schöckel.

Zum Konkurs der Firma Greb & Frühau, Pforzheim.

J. Pforzheim, 18. Mai. Seit Samstag, den 16. Mai hat nun die Firma Greb und Frühau Bankgesellschaft m. b. H. aufgehört zu existieren. In einer Generalversammlung unter Vorsitz des Rechtsanwaltes Netter wurde beschlossen die beiden Geschäftsführer Greb und Frühau abzurufen, die Gesellschaft aufzulösen und einen Beamten der Rheinischen Treuhandgesellschaft in Mannheim als Geschäftsführer zur Fortführung der Liquidation zu bestimmen. Mit diesem Beschluß haben die Gesellschafter das erstmalige Akt vollzogen, der für das Schicksal der Bankgesellschaft von großer Bedeutung ist, denn bisher hatten sich diese so gut wie nicht um die Geschäftsführung bekümmert. Die genaue Sachlage ist heute die, daß die eingetragene Gesellschaft für die 200 000 M., die die Geschäftsführer Greb und Frühau noch schuldig sind, nachzahlen sollen, die Frage, ob die Gesellschafter dazu verpflichtet sind, ist an und für sich noch unentschieden. In diesem Falle ist aber die Sache die, daß das fehlende Kapital in der Bilanz als fehlend angegeben war, daß also keine Täuschung der Gläubiger vorlag. Da nun aber von der Bezahlung der 200 000 M. das Schicksal, ob Konkurs oder nicht, abhängt, haben sich die Gesellschafter im Interesse einer glatten Abwicklung entschlossen, das Kapital einzubehalten, mit dem Vorbehalt, daß dieser Entschluß seine Gültigkeit verliert, sobald ein Konkurs ausbricht. Da die Gesellschafter selbst alles Interesse daran haben, daß auch das Privatvermögen der Herren Greb und Frühau in die Masse kommt, so kann man beruhigt sein, daß alles geschehen wird, um das ganze Vermögen herein zu bekommen. So viel steht fest, daß alles daran gesetzt wird, um den Stand der Sache zu verbessern. Und daß bei einer Quote von 40%, noch viel Unheil verhütet werden kann, ist klar, dagegen hätte man im Falle eines Konkurses mit einer erheblich geringeren oder schließlich mit fast gar keiner Quote zu rechnen.

Arbeitsmarkt und Konjunktur.

Der deutsche Arbeitsmarkt im April 1914.

Nach vorläufiger Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Berichte für das „Reichsarbeitsblatt“ zeigt die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im April gegenüber dem Vormonat eine weitere leichte Besserung, die allerdings in der Hauptsache bei einigen Saisongewerben Platz gegriffen hat, während wichtige andere Gewerbe keinerlei Belebung, ja zum Teil sogar einen Rückgang aufweisen.

Die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenkassen hatten am 1. Mai 1914 9 509 800 beschäftigte Mitglieder (6 209 554 männliche und 3 300 246 weibliche) oder 340 067 mehr als am 1. April, und zwar hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 223 179 oder 3,7 v. H., die der weiblichen um 116 888 oder 3,7 v. H. zugenommen. Die in der Regel vom 1. März zum 1. April eintretende Besserung hat somit auch in diesem Jahre stattgefunden.

Nach den Berichten von 16 größeren Arbeitgeberverbänden mit zusammen 1 766 052 Mitgliedern waren Ende April 1914 43 856 oder 2,6 v. H. der Mitglieder arbeitslos gegenüber 2,1 v. H. Ende März 1914. Von Ende März auf Ende April pflegt die Arbeitslosigkeit sich auf gleicher Höhe zu behaupten. Die im Berichtsmontat eingetretene Steigerung läßt darauf schließen, daß die Arbeitslosigkeit nicht stark genug gewesen ist, um dem steigenden Angebot von Arbeitskräften zu folgen. Im März und April des vorigen Jahres stand der Verhältnissatz der Arbeitslosigkeit auf der Höhe von 2,3 v. H.

Bei 371 öffentlichen Arbeitsnachweisen mit 169 801 Vermittlungen kamen im April auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 154, bei den weiblichen 93 Arbeitsgesuche. Die entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 173 und 92. Hiernach hätte der Andrang männlicher Arbeitsuchenden abgenommen, dagegen derjenige weiblicher Arbeitsuchenden ein wenig zugenommen. Die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarktes im April 1914 lauten wenig günstiger als im Vormonat, zum Teil sogar ungünstiger. Es wird weiter über schlechte Preise und Mangel an Aufträgen geklagt. Beim Kohlenbergbau zeigt der Ruhrkohlenmarkt ein etwas freundlicheres Bild als im Vormonat, dagegen gestalte sich in Ober- und Niederschlesien die Beschäftigung unzureichend. Die Robeisenherzeugung erlitt einen Rückgang, da nach der Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen die Ausbeute der Hochofen von 1 602 896 Tonnen im März auf 1 534 429 Tonnen im April fiel (gegen 1 588 701 t im April 1913). Die Stahlwerke waren im Umfange des Vormonats beschäftigt. Die dem Stahlwerkverband angeschlossenen Werke verringerten ihren Versand von 566 289 t auf 512 445 t, womit er um 53 844 t hinter dem des Vorjahres zurückblieb. Beim Vergleich dieser Zahlen wie auch derjenigen der Robeisenherzeugung ist zu berücksichtigen, daß durch die Verschiebung des Osterfestes von März auf April eine Verringerung der Arbeitstage im April eintrat. In der Kaliindustrie trat der der Jahreszeit entsprechende Rückgang ein. Die Metall- und Maschinenindustrie war mit Ausnahme einiger Spezialzweige wenig befriedigend beschäftigt. Die chemische Industrie behauptete ihren im allgemeinen guten Geschäftsgang auch im Berichtsmontat. Aus der elektrischen Industrie wird das gleiche berichtet. In der Textilindustrie klagen die meisten Zweige über schwache Beschäftigung, was auch großenteils von der Holz- und Nahrungsmittelindustrie gilt. Im Baugewerbe machte die Frühjahrserholung weitere Fortschritte.

Warenmärkte.

Landesproduktenbörse Stuttgart.

Börsenbericht vom 18. Mai 1914. Die feste Stimmung auf dem Getreidemarkt hat in abgelaufener Berichtswche weitere Fortschritte gemacht und war es nicht allein effektive Ware, welche eine Steigerung erfahren, sondern auch alle Exportländer haben ihre Angebote auf Abladung ganz wesentlich erhöht. — Mais und Hafer sind ebenfalls stark haussierend. — Das raukalte Wetter hat die ganze Woche angehalten und wäre trockenes warmes Wetter nunmehr für die Saaten sehr erwünscht.

Auf heutiger Börse war nur kleines Geschäft, da unsere Mühlen die erhöhten Forderungen nicht bewilligen wollen und auch der Mehlabsatz noch zu wünschen übrig läßt.

Wir notieren per 100 Kilogramm Frachtparität Stuttgart Getreide und Saaten ohne Sack netto Kassa je nach Qualität und Lieferzeit.

Weizen, württemb.	20,50—21,00	Gerste, fränkische	00,00—00,00
„ fränkische	20,50—21,00	„ ungarische	00,00—00,00
„ bayrische	21,00—21,50	„ Moldau	00,00—00,00
„ russische	21,00—21,50	„ Anatolien	00,00—00,00
„ uka	22,25—23,00	„ halbf. pr.	00,00—00,00
„ Sibirische	22,75—23,25	Futtergerste	14,50—14,75
„ Asien	22,25—22,75	Kafer, württemb.	17,50—18,50
„ New-Az.	00,00—00,00	„ je nach Qualität	
„ Walla-W.	00,00—00,00	Hafer, amerikan.	17,50—18,50
„ Laplat.	00,00—00,00	„ russischer	
„ nach Qual.	00,00—00,00	„	
„ Kanada B	24,00—24,25	„	
„ Galiforn.	00,00—00,00	„	
„ Austral.	24,50—24,75	„	
„	20,00—21,00	„	
„	13,50—14,50	„	
„	17,00—17,50	„	
„ russischer	00,00—00,00	„	
„ württemb.	00,00—00,00	„	
„ Preßler	00,00—00,00	„	
„ bayrisch	00,00—00,00	„	
„ Tauber	00,00—00,00	„	

Mehl mit Sack, Kassa mit 1% Skonto. (Württ. Marken). Kleie 9,50—10,00 BL netto Kassa ohne Sack.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 19. Mai. Die amerikanischen Börsen boten keinerlei Anregung, doch war trotz des fruchtbareren Wetters die Stimmung im Zusammenhang mit der andauernden Warenknappheit fest. Weizen konnte die gestrigen Preise voll behaupten, während Roggen infolge von Deklungen besonders im Mai- und Septembertermin im Preise höher wurde. Hafer zeigte bei gut behaupteten Preisen stillen Verkehr. Mais und Rüböl träge. Wetter: schön.

Frühjahrsweinversteigerungen.

c. Bingen, 18. Mai. Die Frühjahrs-Weinversteigerungen in Bingen und der Umgebung sind bis auf eine, die erst im Juni abgehalten wird, zu Ende. Merkwürdigerweise hatte sich gerade in Bingen und den beiden Umgebungen die Zahl der Versteigerungen erhöht, denn es wurden 18 Weinversteigerungen gegen 14 im Vorjahre veranstaltet. In anderen Gebieten ist die Zahl der Versteigerungen in diesem Jahre erheb-

lich zurückgegangen, hier war das umgekehrte der Fall. Man brachte eben in diesem Jahre die zum Teil recht großen Bestände an 1912er Weinen zum Ausbeut. Das Angebot stellte sich auf 839 1/2 Stück Wein, von denen 703 1/2 Stück zugeschlagen wurden. Es wurden also 84 Prozent zugeschlagen, während 1913 nur 70 Prozent zum Zuschlag gekommen waren. Man darf demnach sagen, daß das Versteigerungsgeschäft in diesem Jahre einen günstigeren Verlauf genommen hat als im Vorjahre. Insgesamt wurden 724 820 Mark erzielt, während der Ertrag 1913 rund 705 000 Mark betrug. Die Ergebnissumme ist zwar etwas gestiegen, jedoch nur ganz unbedeutend und scheinbar. Während im Vorjahre die hochbewerteten 1911er Weine versteigert wurden, gelangten diesmal die erheblich billigeren 1912er auf den Markt, und das mußte das Ergebnis wesentlich beeinflussen. Zuschlagen wurden 54 Stück, 71 Halbstück und 1 Viertelstück 1913er für 86 680 Mark, 31 Stück, 340 Halbstück und 5 Viertelstück 1912er für 462 860 Mark; 33 Stück, 110 Halbstück und 11 Viertelstück 1911er für 154 860 M. 15 Stück und 8 Halbstück 1910er für 18 140 M.; 2 Halbstück 1909er für 1160 M. und 2 Viertelstück 1908er für 1120 Mark. Es erbrachten das Stück 1913er 550 bis 1250 M., das Halbstück 340—1720 M., das Viertelstück 330 M.; das Stück 1912er 500—1450 M., das Halbstück 320—2620 M., das Viertelstück 380 bis 760 M.; das Stück 1911er 730—1500 M., das Halbstück 340—4040 M., das Viertelstück 430 bis 2010 M.; das Stück 1910er 540—1300 M., das Halbstück 520—650 M.; das Halbstück 1909er 580 M. und das Viertelstück 1908er 510—610 M. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß die im Vorjahre für 1911er Weine angelegten Preise in diesem Jahre auf den Versteigerungen nicht erreicht wurden, während die Preise für die 1912er Weine diesmal höher wurden wie im Vorjahre. Das ist der seitdem erfolgten Fortentwicklung der Weine in erster Linie zuzuschreiben. Im Durchschnitt kostete in diesem Jahre das Stück 1913er 990 M., 1912er 921 M., 1911er 1707 M., 1910er 957 M., 1909er 1160 M. und 1908er 2240 M. Der höchste Preis für 1912er wurde mit 5240 M. für ein Stück Badesheimer Steinkautweg, 1913er mit 3340 M. für ein Stück Badesheimer Scharlachberg-Riesling angelegt.

Holzbericht vom Rhein.

Das Geschäft in geschnittenen Kanthölzern verlief nach einem Bericht der Köln. Ztg. auch neuerdings durchaus zufriedenstellend. Von allen Seiten wurden den Schwarzwälder Sägewerken namhafte Bestellungen übermittelt, und auch der Versand von Kantholz nach dem Mittel- und Niederrhein sowie nach Westfalen war nicht unbedeutend. Auf der ganzen Linie herrschte überaus zuversichtliche Stimmung, und es behaupteten sich die erhöhten Bauholzpreise vollkommen. Bei den meisten zur Vergebung gelangten Bestellungen handelte es sich um einige Ausführungen, und es hatte oftmals Schwierigkeiten, diese Aufträge unter Zuzicherung prompter Ausführung unterzubringen. Für die Festigkeit des Marktes bildete dies eine gute Stütze. In den meisten Fällen verlangen die Sägewerke Lieferfristen von 2 bis 3 Wochen, weil immer noch eine größere Anzahl älterer Aufträge vorliegt, um deren Erledigung gedrängt wird. Die letzten Forderungen der Schwarzwälder Sägewerke lauteten frei Eisenbahnwagen Mannheim für mittlere Listen wie folgt: Mit üblicher Waldkante geschnittene Tannen- und Fichtenhölzer 43,50—44 M., baukante Ware 41,50—42 M., vollkante 45—46 M. und scharfkantige 46,75—48 M. das Kubikmeter. Soweit baukante Hölzer regelmäßiger Abmessungen frei Schiff Mittelrhein verkauft wurden, stellten sich die Erlöse auf etwa 44,50—45 M. Die Nachfrage nach Vorratshölzern war auch weiterhin gut, das Angebot jedoch schwach, so daß sich die Preise gut behaupten konnten. Viele Bauholzslagen sind vom Brettereinschnitt abgenommen. Das Geschäft in 16 langen 1 1/2" Latten wickelte sich in regelmäßiger Weise ab; es kostete zuletzt „gute“ Ware 23,50 M., Anschußware 18 M. die 100 Stück frei Wagon Mannheim. Die Nachfrage nach Spallerratten war gut. Am Brettermarkt vermehrte man immer noch lebhaften Zug. Die Floßholz märkte des Rheins und Mains hatten, wie bereits mitgeteilt, nicht nur regen Verkehr, sondern auch feste Haltung. Im Gegensatz zu der starken Zunahme der Nachfrage vom Rheinland und Westfalen war das Angebot ziemlich schwach, und damit ergab sich durchaus zuversichtliche Stimmung. Für Meßböden wurden zuletzt frei Eisenbahnwagen Aschaffenburg 28 bis 29 M. das Kubikmeter Wassermaß bezahlt. Das Angebot von Rundhölzern aus den süddeutschen Wäldungen nahm, wie immer in dieser Jahreszeit, wesentlich ab, aber trotzdem behaupteten sich meistens die hohen Preise für Nadelstammholz. Weniger beachtet waren allerdings Kiefernblöchhölzer. Im Handel mit Modellhölzern fehlte der rege Zug, was seine Ursache in der Lage der Industrie hat bzw. in der wenig guten Beschäftigung der meisten Maschinenfabriken.

Londoner Metallmarkt.

London, 18. Mai. (Wochenbericht. Kupfer: Das Angebot in Standard-Kupfer beschränkte sich in der Berichtswche auf die Mengen, die sich bei der Abwicklung von verhältnismäßig geringen Haus-Rechnungen ergaben. In den letzten Tagen erfuhr indes der Standardmarkt im Einklang mit den Wertpapiermärkten eine ziemlich gute Erholung. Nach Feinkupfer war die Nachfrage nur mäßig, und sie wurde meist befriedigt durch Händler und kleine Erzeuger, und zwar unter den Preisen, die Großverzeiger verlangen. Daraufhin ermäßigten die letzteren ihre Forderungen für Elektro-Kupfer auf 65 £ 10 s für Europa und auf 14 1/2 c in Amerika, aber während es ihnen möglich war, drüben einige Posten unterzubringen, hatten sie diesseit des Ozeans bisher nur wenig Geschäft zu verzeichnen. Heutige Notierungen: Tough and Best Selected 68 £ - 68 £ 10 s abzüglich 2 1/2 %, Elektrolyt-Kupfer 65 £ 5 s bis 65 £ 10 s netto, Strong Sheets 78 £ und Messing 6 1/2 d. Zinn: Die Stietigke, die sich im Markt auf die letztwöchigen Unterstützungskäufe fühlbar machte, hat unter den Spekulanten eine hoffnungsvolle Stimmung hervorgerufen, die unter fast völliger Einstellung ihrer Entlastungsverkäufe zur Abwicklung ihrer Verbindlichkeiten einen bessern Markt abzuwarten gedenken. Die Leerverkäufe gingen infolgedessen weniger aggressiv vor. Unter diesen Umständen besserten sich die Preise ständig, und es trat eine hübsche Verbrauchsnachfrage hervor. Die niedrigsten Notierungen brachte der Montag, aber von da an besserte sich die Stimmung von Tag zu Tag, und

wenn auch die Geschäfte nicht sehr bedeutend waren, so waren doch erhöhte Notierungen nach jedem größeren Abschluß festzustellen, und der Aufschlag wurde schließlich sogar recht ausgeprägt, als noch Deckungen von Leerverkäufen hinzukamen. Die Erholung in den Notierungen betrug vom tiefsten Punkt an mehr als 5 £. Die Verschiffungen von den Straits bezifferten sich bis jetzt auf 4140 t. Blei: Während das Festland eher bessere Verbrauchsnachfrage meldet, kam es hierzulande, abgesehen von promptem Metall, das wenig neuem Geschäft. Der Grundton des hiesigen Marktes ist indes fest. Zink: Die Verbraucher kaufen weiter nur mäßig für frühe Lieferung, aber es entwickelt sich bis jetzt nicht irgendein Interesse für spätere Lieferung. Die Hauptstädte der Zinkindustrie deuten in ihren Berichten etwas mehr Nachfrage an, besonders auf entfernte Lieferung in Zinkblechen, aber bis jetzt sind die wirklich erteilten Aufträge nicht sehr umfangreich. Der hiesige Markt war vollständig vernachlässigt, und die Notierungen konnten den letztwöchigen Stand nicht behaupten.

Letzte Handelsnachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 19. Mai. In Benz-Aktien war Geschäft zu 181 Proz. Ferner waren gefragt: Rhein. Hypothekbank-Aktien zu 194 Proz., Zellstoffabrik Waldhof-Aktien zu 173,50 Prozent und Zuckerfabrik Waghäusel-Aktien zu 220,50 Prozent. Niedriger notierten: Pflanz. Nähmaschinen- und Fahrradfabrik-Aktien 171 B. und Freiburger Ziegelwerke-Aktien 71,25 B.

München, 19. Mai.

Die Verlagsfirma F. Bruckmann A.-G. in München erzielte für 1913 einen Reingewinn von M. 501 289 (i. V. 522 275). Es werden lt. Frkt. Ztg. wieder 20 Prozent verteilt und M. 122 717 (i. V. 123 310) vorgezogen.

Frankfurt a. M., 19. Mai. Die Generalversammlung der Hedderheimer Kupferwerke und Süddeutsche Kabelwerke A. G. in Frankfurt a. M., in der 14 Aktionäre 4975 Stimmen vertreten, genehmigte die Anträge der Verwaltung, insbesondere den Dividendenvorschlag von wieder 7 Proz. 4 ausscheidende Mitglieder des Aufsichtsrats wurden lt. Frkt. Ztg. wieder gewählt. Ueber den Geschäftsgang wurde mitgeteilt, die Beschäftigung sei bislang in allen Abteilungen gut. Ob die ungünstige allgemeine Lage der Industrie sich, falls sie länger andauern sollte, nicht doch vielleicht fühlbar machen wird, könne man gegenwärtig nicht sagen, immerhin erhoffe man auch für das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis. Auf die Anfrage eines Aktionärs über die Ursache des niedrigen Kursniveaus der Aktien wurde erwidert, daß in den inneren Verhältnissen der Gesellschaft nichts vorliege, was den niedrigen Kursstand erkläre.

r. Köln, 19. Mai. (Priv.-Tel.) In der heutigen Generalversammlung der Adler-Kalilwerke A.-G. wurde mitgeteilt, daß man der Frage einer Kapitalerhöhung bei dieser Unternehmung näher treten werde, wenn die Anlagen bei Oberböllingen zum Abschluß gekommen seien. Man habe ein großes Kalilager von etwa 63 Meter Mächtigkeit aufgeschlossen. Auch auf Hope seien die Aufschlüsse derart günstig, daß man demnächst die definitive Beteiligung beim Kaliyndikat erwartet. Den von den interessierten Banken eingeräumten Kredit in Höhe von 2 Mill. Mark werde man nicht übersteigen.

r. Düsseldorf, 19. Mai. (Priv.-Telegr.) Die kürzlich vom Walzdrabterverband offiziell verbreitete Meldung über eine vollständige Einigung bezüglich der Beteiligung ist, wie wir hören, insofern nicht ganz zutreffend, als die Fa. Thyssen auf ihre Mehrforderung von 45 000 t nur unter der Bedingung vorläufig verzichtet hat, daß ihr in den anderen B-Produkten, besonders in Stabeisen und Blechen, ein Ausgleich bewilligt wird. In industriellen Kreisen befürchtet man, daß diese Firma durch ihre Forderungen überall das entscheidende Wort sprechen wird, um evtl. in letzter Stunde die Syndizierungsbestrebungen wieder zum Scheitern zu bringen.

r. Hamm, 19. Mai. (Priv.-Telegr.) Wie wir hören, sind die Verhandlungen wegen des definitiven Beitrittes der Bergwerksgesellschaft Trier zum Kohlsyndikat aufgenommen worden. Eine Syndikatskommission hat heute die Zeche Radbod befahren und besonders auch die Kokeranlagen wegen Feststellung der Beteiligung besichtigt. Wie uns mitgeteilt wird, stellt Trier, die bereits ihre Kuxenbeteiligung auf 320 000 t heraufgesetzt bekam, weitere erhöhte Beteiligungsforderungen.

Leipzig, 19. Mai. Im Kontext der Konfektionsfirma Sperling u. Wendt in Leipzig stellte der Verwalter 700 000 M. Schulden fest. Verfügbar sind lt. Frkt. Ztg. M. 83 522. Die Gläubiger erhalten also nur etwa 10—11 Prozent.

Berlin, 19. Mai. Berliner Metallmarkt. Banczium 319, Austrazium 313, Blei 38. Alles übrige unverändert.

□ Berlin, 19. Mai. Bei der Chemischen Fabrik Hönningen wird die Dividende auf wiederum 10 Prozent geschätzt.

Die heutige Generalversammlung der Vereinigten Lausitzer Glaswerke setzte die Dividende auf 25 Prozent fest.

Paris, 19. Mai. Wie die Frkt. Ztg. erzählt, soll die baldige Emission einer mit 4 Prozent brutto verzinslichen französischen Anleihe von 7—800 Mill. Frs. zu 495 Frs. (99 Prozent) in Aussicht genommen sein.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Kunst und Feuilleton: Dr. Victor Eckert; für Lokales, Provinziales und Gerichtszeitung: Richard Schönfelder; für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Jooß; Druck und Verlag der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H. Direktor: Ernst Müller.

Gegen Hautstörungen empfiehlt Myrrholinseife
 Nach der täglichen Gebrauch der Myrrholinseife mit seinen antiseptischen, belenden und neubildenden Eigenschaften nach 30jähriger Erfahrung die höchste Wertigkeit bietet. Etad 30 Wg.

Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“

Inländische Effektenbörsen.

Mannheim, 19. Mai

Obligationen.

Table of domestic obligations including Stadtanleihen, Pfandbriefe, and Industrie-Oblig.

Aktien.

Table of domestic stocks including Banken, Industrie, and Transport u. Versicherung.

Frankfurt, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Frankfurt securities.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Frankfurt securities.

Wechsel.

Table of exchange rates for Frankfurt.

Staatspapiere u. Stadtanleihen.

Table of government securities and city bonds for Frankfurt.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table of bank and insurance stocks for Frankfurt.

Aktien deutscher u. ausländ. Transportanstalten.

Table of transport company stocks for Frankfurt.

Bergwerksaktien.

Table of mining stocks for Frankfurt.

Nachbörse.

Table of after-market trading for Frankfurt.

Frankfurt, 19. Mai

Schlusskurse. (Fortsetzung.)

Aktien Industrieller Unternehmen.

Table of industrial stocks for Frankfurt.

Pfandbriefe.

Table of mortgage bonds for Frankfurt.

Prioritäts-Obligationen.

Table of priority obligations for Frankfurt.

Nachbörse, Kreditaktien 192-.

Table of after-market trading for Frankfurt.

Berlin, 19. Mai.

Reichsbankdiskont 4%.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Berlin securities.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Berlin securities.

Wechsel auf

Table of exchange rates for Berlin.

Wetter: Teilweise Bewölk.

Liverpool, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Liverpool securities.

Paris, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Paris securities.

Anfangskurse.

Table of opening prices for other securities.

Zucker.

Table of sugar prices.

Ausländische Effektenbörsen.

Wien, 19. Mai.

Diskont der österr.-ungar. Bank 4%.

Anfangskurse. (10 Uhr vorm.)

Table of opening prices for Vienna securities.

(1 Uhr 50 Min. nachm.)

Table of opening prices for Vienna securities.

London, 19. Mai.

Diskont der Bank von England 3%.

(Anfangskurse.)

Table of opening prices for London securities.

Produktenbörsen.

Mannheimer Getreidemarkt.

Mannheim, 19. Mai.

Table of grain prices for Mannheim.

Wien, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Vienna securities.

Berlin, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Berlin securities.

Amsterdam, 19. Mai.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Amsterdam securities.

Antwerpen, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Antwerp securities.

Budapest, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Budapest securities.

Wetter: Teilweise Bewölk.

Liverpool, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Liverpool securities.

Paris, 19. Mai.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Paris securities.

Anfangskurse.

Table of opening prices for other securities.

Zucker.

Table of sugar prices.

S. 00.00-00, gemahlene Raffinade mit Saft 19.00-19.25-

Text describing various commodities and their prices.

Kaffee.

Text describing coffee prices and market conditions.

Salpeter.

Text describing saltpeter prices and market conditions.

Wolle.

Text describing wool prices and market conditions.

Hüte.

Text describing hat prices and market conditions.

Metalle.

Text describing metal prices and market conditions.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Text describing the company and its services.

Atlas-Lebensversicherung-Gesellschaft, Ludwigshafen

Text describing the insurance company and its services.

Badische Feuerversicherungs-Bank

Text describing the insurance bank and its services.

Baunhilfsgesellschaft Speyer

Text describing the construction society and its services.

Bergbau- und Hüttenwerke, Mannheim

Text describing the mining and smelting works and its services.

Hamburgische Aktien-Gesellschaft

Text describing the Hamburg stock company and its services.

Kinematographie u. Filmverleih, Frankfurt

Text describing the cinema and film rental company and its services.

Kinematographie u. Filmverleih, Stuttgart

Text describing the cinema and film rental company and its services.

Kinematographie u. Filmverleih, Wiesbaden

Text describing the cinema and film rental company and its services.

Kinematographie u. Filmverleih, Mainz

Text describing the cinema and film rental company and its services.

Kinematographie u. Filmverleih, Koblenz

Text describing the cinema and film rental company and its services.

Kinematographie u. Filmverleih, Trier

Text describing the cinema and film rental company and its services.



Vermischtes

Zur Reisezeit. Wie gewohnt, an Schließ...

Schreiner-Arbeiten. Jegl. Art, auch Reparat...

Spez. Modelarbeiten. Herabumt bei schmerz...

Reparaturwerkstätte. Für Schularbeit verstellb...

Edeimann D4,2

Fort mit der Feile! nur Swaly's Hühneraugenstein!

Seltenes günstiges Kaufangebot! Heutzutage...

Verkauf. 1 Klavier, Harmonium...

Möbelverkauf! Eleg. Schlafzimmer...

Metall-Gasflände. Bester, unverfälscht...

Gelegenheitskauf! Wegen Platzmangel...

Kaffeejdrant. Mit neuem, kleinstm...

1 großer Tisch als Schreibtisch

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Kaffeejdrant. Mit neuem, kleinstm...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Gasbadeöfen. Weit ant. Badest...

Stauend billiger Möbelverkauf

1 eleg. Speisezimmer, Eiche, neu M. 475.—

Max Kissin : S 3, 10

5 Zim.-Haus (Dachstuhl) für Schularbeit verstellb...

Mittelgroße Villa per Frühjahr 1914...

Stellen finden

Seltenes günstiges Kaufangebot!

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Levi & Sohn

Stellen suchen

Expedit, mit der Expeditions...

Lehrstelle

50 Mark

Stenotypistin

Läden

B3, 1

Q4, 7

Gesucht ein tüchtiger Betriebsinspizier...

2. Maschinist

Großer Laden

Moderner Laden

Uffhaus

Laden

Ladenburg

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Laden

Magazine

F 4, 3

Jungbühnenstraße 18

Langstraße 10

Auto-Garage

Lindenstraße 34

Groß. helles Magazin

Bureau

G 7, 14

G 7, 45

J 3a, 5, II.

N 3, 9

N 2, 8

N 4, 2

O 6, 9

S 5, 5

S 6, 39

Bureau

Zu vermieten

Mieter

kostenfrei

Wohnungen

Friedrichsplatz 16

Friedrichsplatz 36

Grabenstraße 3

A 2, 5

B 1, 5

B 2, 4

D 7, 6

B 7, 6

18 der 2. Stod, besch. aus...

B 7, 16

Paradeplatz D 1, 4

E 7, 23

F 4, 7

G 7, 14

G 7, 45

J 3a, 5, II.

N 3, 9

N 2, 8

N 4, 2

O 6, 9

S 5, 5

S 6, 39

Bureau

Zu vermieten

Mieter

kostenfrei

Wohnungen

Friedrichsplatz 16

Friedrichsplatz 36

Grabenstraße 3

A 2, 5

B 1, 5

B 2, 4

D 7, 6

Möbl. Zimmer

N 3, 13b

N 3, 13b I. links

P 4, 2

Q 1, 16

Q 4, 17

Q 4, 20

Q 5, 1

Q 7, 15

S 6, 1

T 2, 13

T 2, 16

T 4, 1

U 5, 17

V 2, 16

V 4, 1

V 5, 17

V 2, 16

V 4, 1

V 5, 17

V 2, 16

V 4, 1

V 5, 17

V 2, 16

V 4, 1

V 5, 17

V 2, 16

V 4, 1

V 5, 17

Mittag- u. Abendtisch

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

A 3, 8

G 7, 7b (part.)

